Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 3 (1974)

Heft: 12

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8001 Zürich 3. Jahrgang Nr. 12 20. Dezember 1974
Rämistr. 66 Erscheint monatlich

konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telephon ☏ (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement Inland Fr. 15.—, Ausland Fr. 18.— Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Abonnements-Geschenk-Aktion
3 für 2
Talon in dieser Nummer

Echo aus der Leserschaft
Seite 2

«Die Reichen und die Superreichen in der Schweiz»:
Kein Mittel gegen Superreiche?
Seite 3

Wem passt ein schweizerisches Friedensforschungsinstitut nicht?
Die Angst von dem (Un-)Frieden
Seite 6

Die Schergen von Uncle Sam (II.)
«Wir tun, was uns gefällt!»
Seite 7

Unsere Porno-Ecke
Seite 10

Walter M. Diggelmann
Das Glück der besten Jahre
Seite 11

Moçambique wird unabhängig
Unser Volk wird vereint sein
Seite 11

Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung ganz intim

Die ferngesteuerten Fernsehsäuberer

Kritik war den «Besitzern» der Schweiz schon allemal ein Dorn im Auge. Wer es wagt, sakrosankte Prinzipien in Frage zu stellen, stempelt man schnell zum gefährlich subversiven Element ab, und wer sich gar dazu hinreissen lässt, «unsere» Wirtschaft mal in Frage zu stellen, wird flugs zum «Feind einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung» – das schlimmste, was es hierzulande überhaupt geben kann. Gerät solche Kritik gar in eine Fernseh- oder Radiosendung, dann sind stracks Leute zur Stelle, die zum Rechten schauen, indem sie die Säuberung dieser Medien von jeglicher linken Tendenz fordern. Wer sind diese Leute, die behaupten, das Anliegen einer Mehrheit der Zuschauer zu vertreten, und in wessen Interesse handeln sie wirklich? Der folgende Artikel versucht, auf diese Frage eine Antwort zu geben.

«Unsere Bemühungen haben sich gelohnt, endlich ein objektiver Tagesschau-Sprecher!»

Den Sendungen des Schweizer Fernsehens kann beileibe nicht nachgesagt werden, sie seien besonders farbig – es sei denn, man meine damit nur die Pigmentierung der Bildröhre. Vergleicht man etwa die faden Berichterstattungen aus dem *Bundeshaus* mit den immerhin lebendigen Debatten, die man am ARD verfolgen kann, so müssen einem die Akkreditierten im Palais fédéral schon eher als Hofschranzen vom Dienst vorkommen: Behördentreue zählt hier über alles, ein Bundesrat hat zum vornherein immer recht, und kritische Fragen gelten als Majestätsbeleidigung. Nicht besser bestellt ist es mit vielen *«kontradiktorischen» Sendungen* – ein Müsterchen davon gibt der nebenstehende Kommentar, ein anderes Beispiel brachten wir schon mit unserem Artikel über die Sendung «Tatsachen und Meinungen» in der Juli-Nummer dieses Jahres. Denn einerseits ist die Zusammensetzung solcher Diskussionsrunden oft recht einseitig, und anderseits wagt man es nicht, befragte «Persönlichkeiten» ins Kreuzfeuer zu nehmen, kritische Fragen an sie zu richten, zu denen sie auch klar Stellung beziehen müssten. Weil es an Mut fehlt, wird mit solchen Sendungen mehr denn nötig nur Langeweile ausgestrahlt. Dass es mit den *Informationssendungen* auch nicht unbedingt besser bestellt ist, hat die Tagesschau-Untersuchung «Welttheater für Eidgenossen» zur Genüge bewiesen.

Ausbooten auch im Zweifelsfalle

Trotzdem gibt es Leute, die unbeirrt festzustellen glauben, das Schweizer Fernsehen sei von Linken unterwandert. So forderte zum Beispiel Ex-Bundesanwalt und SVP-Mitglied *Hans Walder* am 10. April 1972, dass *«die Linksextremisten, die sich in den Massenmedien einzunisten wussten, ausgebootet werden, und zwar auch dann, wenn es ausserordentlich schwerfällt, ihnen ihre Verbindungen mit staatsfeindlichen Organisationen nachzuweisen».* Offenbar war Walder damals nicht der einzige, der rot sah, denn noch im gleichen Monat brachten die beiden SVP-Parlamentarier *Akeret* und *Krauchthaler* ihr Fernsehpostulat im Nationalrespektiv Ständerat ein. Schon damals nahmen sie ihre Funktion als Volksvertreter sehr wörtlich, hatten selbstverständlich ihr Ohr an den Lippen der Oeffentlichkeit und stellten auch prompt fest, dass *«in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Unbehagen über die oftmals ungenügende Objektivität und Ausgewogenheit gewisser Fernsehsendungen»* herrsche. 129 Volksvertreter der Bundesversammlung lauschten gleich und unterschrieben.

Am 19. Juni 1972 doppelte der Pressedienst der SVP nach. Zur Stützung des Postulats Akeret/Krauchthaler veröffentlichte er eine *Dokumentation*, die beweisen sollte, dass das Fernsehen von Subversiven unterwandert sei. Dieses Pamphlet war von SVP-Pressechef *Markus Rohr* derart oberflächlich und dilettantisch zusammengeschustert worden, dass sich sogar SVP-Politiker diskret davon distanzieren mussten. Trotzdem fühlte sich daraufhin das Fernsehen verpflichtet, sich zu rechtfertigen. Für die SVP hatte – wie aus SVP-Kreisen zu vernehmen ist – die Dokumentation die nicht unerwünschte Nebenwirkung, dass die Partei *in der Oeffentlichkeit besser verankert war*, in Presse und Fernsehen mehr beachtet wurde. Es dürfte deshalb auch nicht ganz zufällig sein, dass kurz darauf

(Fortsetzung auf Seite 2)

Ringier am TV: Ideologie statt Information

Hat da jemand behauptet, Ringier als der Schweiz grösster Verlag wolle vor allem Profit machen und zudem systemfreundliche Ideologie unter die Leute bringen? Weit gefehlt! Die beiden obersten Grundsätze im Unternehmen Ringier sind das Wohl des Lesers und die Vielfalt der Presse. Dies wenigstens ist das Fazit der TV-Diskussion «Aus erster Hand» mit dem Präsidenten der Ringier-Direktion, Heinrich Oswald, früher Knorr-Boss und Armeereformer. Die Fragen von Alphons Matt und dem Solothurner Ständerat und Verlagsdirektor Ulrich Luder förderten keine neuen Informationen über Ringier zutage. Sie waren Oswald vielmehr bequeme Stichworte, seine Ideologie an den Mann zu bringen. Hätte Oswald zwei hauseigene Stichwortlieferanten mitgebracht – sie hätten es ihrem Chef nicht besser machen können als Matt und Luder.

Der Fernsehzuschauer habe einen Mann kennengelernt, meinten die «Basler Nachrichten» zufrieden-naiv über die TV-Hommage à Oswald, «der mit seinem vornehmen Wesen und seinem asketisch geschnittenen Gesicht in souveräner Weise ein Pressekonzept darlegte, dem man nun einfach die Berechtigung nicht absprechen kann». Pressekonzept. Es waren schöne Worte für die alte Tatsache, dass man bei Ringier (wie auch anderswo) das Geld mit Presseprodukten verdient. «Man könnte das einfach eingestehen und auf die entdeckte Marktlücke stolz sein», meinte das «Vaterland». «Oswald lässt es nicht damit bewenden, sondern sucht ein ideologisches Fundament...»

In der Tat! Der grösste Klotz in diesem ideologischen Fundament ist die Lesertheorie. Wenn Oswald von Matt gefragt wird, ob die Ringier-Politik in erster Linie auf den Leser oder auf den Inserenten ausgerichtet sei, dann darf man dreimal raten, was dem besorgten Heinrich Oswald am meisten am Herzen liegt: «Das Anrecht des Lesers auf die bessere Information geht allen anderen Erwägungen voraus.» Schön wär's.

Oswalds Beteuerung ist nicht einmal falsch. Nur unvollständig. Selbstverständlich strebt jeder Verlag möglichst viele Leser an – aber nur, weil das der einzige Weg ist, auch möglichst viele Inserate reinzuholen. Man ködert den Leser, um ihn anschliessend den Inserenten zu verkaufen. Denn von den Inseraten leben die Presseprodukte schliesslich. Nicht von den Abonnementsbeiträgen, die oft kaum die Kosten für die Leserbetreuung und Leserwerbung decken.

Wenigstens kurz warf die TV-Diskussion ein Streiflicht auf diesen Zusammenhang. Matt: «Aber Sie wollen doch die grosse Leserschaft, seien wir ehrlich, in erster Linie wegen der Inserenten.» Oswald: «Meinen Sie, die Inserenten würden ihre Inserate geben, wenn die Zeitung nicht gelesen würde? Das ist ja wohl der Urbeginn.» Für Ringiers «Schweizer Illustrierte» hat Oswald diesen Urzusammenhang einmal so formuliert: «Eine nationale Illustrierte, frei von Brutalität, frei von jedem politischen Extremismus und frei von jeglichem Kokettieren mit anarchistischen Experimenten, ist zweifellos auch der beste Garant und das beste Umfeld für die erfolgreiche Entfaltung der Werbung, deren Voraussetzung der gesicherte Bestand unserer (?) freien Wirtschaft ist.» Oder noch prägnanter, ebenfalls in Oswalds Worten: «Ein Presseunternehmen ist ein Unternehmen, das in der freien Marktwirtschaft nach den Gesetzen von Aufwand und Ertrag funktioniert.» Das heisst: mit grösstmöglichem Profit.

Weil Ringier ein Unternehmen wie andere ist, läuft beispielsweise im Moment eine breite Kampagne zur «Leistungsverbesserung aller Mitarbeiter». Oswalds Motto: «Der sinnvolle Einsatz der menschlichen Arbeit in allen Sparten ist heute lebenswichtig für das Unternehmen.» Und weil Ringier ein Unternehmen ist, um ein weiteres Beispiel zu nennen, will es auch im Falle eines Typographenstreiks Geld verdienen. Bereits sind, rekrutiert aus dem Kader und aus ehemaligen Schriftsetzern unter Ringier-Journalisten, die Streikbrecher zusammengestellt, um im Ernstfall anstelle der verschiedenen Ringier-Blätter eine Einheits-Wochenillustrierte herauszubringen. Und weil Ringier ein Unternehmen ist, wird darauf geachtet, dass nicht im redaktionellen Umfeld die Interessen grosser Inserenten tangiert werden (und wenn mal mit einem zu kritischen Artikel eine Panne passiert, kann man im Hause Zeter und Mordio schreien und gegen aussen unverfroren darauf hinweisen, wie unbhängig doch der Textteil vom Inseratenteil sei). Zum Wohle des Lesers.

Der zweite Klotz in Oswalds ideologischem Fundament ist seine Sorge um die Vielfalt der Presse, mit anderen Worten: um die Profite seiner Konkurrenten. Weil «es einfach zu unserer Demokratie gehört, dass wir ein gewisses Spektrum haben», habe Ringier das feilgebotene «Luzerner Tagblatt» nicht gekauft, erklärt Oswald. Warum auch? Das freisinnige «Luzerner Tagblatt» hat ohnehin gute Aussichten einzugehen, und seine Leser werden wohl weniger zum «Vaterland» (CVP) als vielmehr zu den «Luzerner Neuesten Nachrichten» wandern. Und die gehören bereits Ringier. Warum also viel Geld aufwerfen und sich überdies pressepolitisch die Finger verbrennen für etwas, was einem in absehbarer Zeit gratis in den Schoss fällt? Was kann denn Ringier dafür, wenn ihm die Leser nachlaufen?

Oswald kann hundertmal beteuern, Ringier sei in der Schweizer Presselandschaft kein Gigant. Trotzdem schleckt keine Geiss weg, dass er mit der «Schweizer Illustrierten» und dem «Blick» bei den Illustrierten und bei der Boulevardpresse über eine Monopolstellung verfügt, die heute keiner mehr knacken kann (man erinnere sich an die «Woche» oder die «Neue Presse»). Ein Monopol hat Ringier auch bei der Journalistenausbildung. Mit seiner neugegründeten privaten Journalistenschule hat er nicht nur die ganze Konkurrenz ausgetrickt (die finanziell schlicht nicht mehr mithalten kann), sondern sich auch die ideologische Kontrolle über den eigenen Nachwuchs gesichert. Erklärtes Ziel der Journalistenschule ist es, «brauchbare Journalisten» auszubilden. «Ein Pressekonzept, dem man nun einfach die Berechtigung nicht absprechen kann.»

Jürg Frischknecht

SCHWEIZERISCHE FERNSEH- UND RADIO-VEREINIGUNG
Ueberparteiliche Vereinigung Schweizerischer Fernsehzuschauer und Radiohörer

An die Konzernleitung
. . . . . AG,
z. Hd. Herrn Dr. . . . . .
Vorsitzender
0000 . . . . . .
3001 Bern, ... März 1974

Sehr geehrter Herr Dr. . . .,

Wie Ihnen durch Fernsehen, Radio und Presse bekanntgeworden sein dürfte, ist kürzlich die Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung gegründet worden. Es handelt sich um eine überparteiliche Organisation bürgerlicher d. h. nicht links orientierter Schweizer Bürger und Bürgerinnen, die von 50 namhaften Persönlichkeiten ins Leben gerufen worden ist. Sie will mit der Zeit breite Bevölkerungskreise unseres Landes umfassen und deren freiheitlich ausgerichtete Interessen gegenüber den Monopolmedien, den Behörden und der Oeffentlichkeit aktiv und mit Erfolg vertreten. Zentrales Ziel ist, die bekannten informations- und programmpolitischen Missbräuche des Fernseh- und Radiomonopols zu bekämpfen. Es geht nicht mehr an, dass die Monopolmedien durch einseitige Nachrichtenauswahl und z. T. eindeutig links orientierte Sendungen – ohne Gegendarstellung – breiteste Schichten unserer Bevölkerung in einer ideologisch nicht allen erkennbaren Weise beeinflussen und vor allem *unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem oft in gravierender Weise diffamieren.* Nicht umsonst nimmt die Wirtschaftsfeindlichkeit immer mehr zu, und nicht umsonst werden zunehmend übertriebene Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes gestellt. Es ist viel zuwenig bekannt, dass die politische Linke durch den ARBUS seit vielen Jahren über eine aktive Organisation verfügt, die wesentlichen Einfluss auf die Programmgestaltung nimmt und auch in den Organen der Sendegesellschaften vertreten ist.

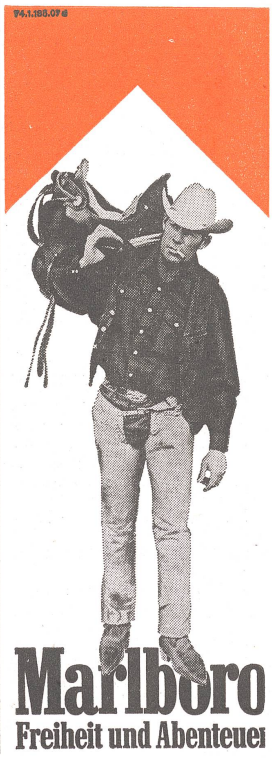
Hier muss endlich ein Gegengewicht geschaffen werden. Zuviel steht auf dem Spiel. Und da bisher Kritiken, auch parlamentarische Vorstösse, wirkungslos geblieben sind, müssen neue Wege gegangen werden. Nur die Methode der direkten Demokratie, d. h. die Organisation der Basis bzw. einer von breiten Bevölkerungskreisen getragenen und konsequent geführten Organisation, verspricht jetzt noch Erfolg. Und das ist die SFRV, die Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung.

Besonders für den Start benötigt unsere Vereinigung – vor allem für die notwendige Aufklärungs- sowie die breit angelegten Presse- und Werbekampagnen – allerdings grosse finanzielle Mittel. Im Namen der Gründungsmitglieder (vgl. beilieg. Namenliste) gestatten wir uns daher, Sie um Ihre Unterstützung zu bitten, indem Ihr Unternehmen der SFRV als Kollektivmitglied beitritt und darüber hinaus einen einmaligen namhaften Gründungsbeitrag zur Verfügung stellt. Die Mitglieder des Zentralvorstandes des SFRV, die ehrenamtlich tätig sind, stehen Ihnen mit allen nötigen Auskünften zur Verfügung.

Wir hoffen auf Ihre tatkräftige Mithilfe zur Herstellung einer politisch ausgewogenen und den wahren Interessen unseres Volkes und unserer Wirtschaft dienenden Medienpolitik bei Radio und Fernsehen.

Mit freundlichen Grüssen:
Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung
Zentralvorstand
NR Prof. Dr. W. Hofer
Geschäftsleitung
Dr. R. Mauch

Bank:
Schweiz. Bankgesellschaft, Bern.



Fortsetzung von Seite 1

das ehemalige SVP-Zentralvorstandsmitglied *Mark Roland Peter* zum TV-Bundeshausberichterstatter gewählt wurde.

Anlässlich der Veröffentlichung der SVP-Dokumentation hatte SVP-Rohr gedroht: «*Man könnte sich eines Tages gezwungen sehen, falls die zuständigen Aufsichtsorgane nicht Remedur schaffen, eine Art Gesellschaft zum Schutz des Fernsehzuschauers zu gründen.*» Knapp zwei Jahre später war es soweit: Am 30. Januar 1974 riefen «50 namhafte Persönlichkeiten» die «Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung» (SFRV) ins Leben und die Wirtschaft zum grossen Spenden auf (siehe dazu den abgedruckten Bettelbrief). An ihrer Spitze steht als Präsident Prof. Dr. phil. *Walther Hofer*, SVP-Nationalrat, Dozent an der Universität Bern und Mitglied der Schweizer Delegation im Europarat. Derselbe Hofer, der jüngst sein seltsames Demokratieverständnis in der Beratenden Versammlung des Europarates zum besten gab: Die Situation in Portugal werde von den westeuropäischen Ländern zu wenig beachtet, meinte er. Er warnte die Versammlung vor einer passiven Haltung, die «*die Bildung eines linksgerichteten Regimes von peruanischem Typ begünstigen könnte*».

SFRV
SCHWEIZERISCHE FERNSEH- UND RADIO-VEREINIGUNG
Ueberparteiliche Vereinigung schweizerischer Fernsehzuschauer und Radiohörer

14. 6. 74

Generaldirektion der
Nestlé Alimentana
55, ab. Nestlé
1800 *Vevey*

Sehr geehrte Herren,

Herr Dr. Karl Völk, Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich und Vizepräsident unserer Geschäftsleitung, ersucht mich, Ihnen die von unserer Programmbeobachtungsstelle gesicherten Unterlagen zum Sujet «Nestlé» in der Tagesschau des Deutschschweizer Fernsehens vom 10. Juni 1974 (spät) zu übermitteln.

Ich sende Ihnen deshalb als Beilage eine Niederschrift unserer Video-Aufzeichnung sowie eine Photographie des Titels «Nestlé tötet Babies», der in der betreffenden Tagesschau-Ausgabe während 15 Sekunden gezeigt wurde.

Unsere Programmbeobachtungsstelle hat insbesondere die Aufgabe, Radio- und Fernsehsendungen zwecks Sicherung von Unterlagen für die Kritik aufzuzeichnen. Gemäss den Statuten unserer Vereinigung halten wir es für unsere Pflicht, damit vor allem auch der schweizerischen Privatwirtschaft zur Verfügung zu stehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
sig. Güdel
(Willy Güdel, Sekretär SFRV)

Für den kleinen Mann...

Hauptzweck der Vereinigung laut Statuten: «*Im Hinblick auf den Monopolcharakter von Fernsehen und Radio in der Programmgestaltung die Interessen der* Zuschauer und *Hörer zur Geltung zu bringen und insbesondere auf eine ausgewogene Berichterstattung in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen hinzuwirken.*» *In* ihrer näheren Umschreibung nennt sich Hofers Fernsehpolizei «*Ueberparteiliche Vereinigung Schweizerischer Fernsehzuschauer und Radiohörer*». Dass sie allerdings Partei ergreifen und den Anspruch, Anwalt des Volkes zu sein, nicht mehr länger aufrechterhalten kann, geht nicht nur aus dem abgedruckten Bettelbrief, sondern auch aus dem Brief an die Nestlé-Generaldirektion hervor, wo sie gezielt vorgeht, um ihr Budget auch für die nächsten Jahre zu sichern. Klarer als in ihrem Nestlé-Brief könnte die Vereinigung gar nicht darlegen, in wessen Interesse sie aktiv ist und welche Bedürfnisse sie befriedigen will. Sicher nicht jene «breiter Bevölkerungskreise», sondern eben jene der Wirtschaft.

Wie «volksnah» die 50 Herren des Hofer-Klubs sind, zeigt sich unter anderem schon daran, dass nicht weniger als die Hälfte von ihnen Mitglied irgendeines *Verwaltungsrats* ist und ein weiterer Teil die Spitze mächtiger wirtschaftlicher Gruppen oder Firmen repräsentiert (siehe dazu die Mitgliederliste). Politisch setzt sich die Vereinigung vor allem aus Kreisen der *Schweizerischen Volkspartei, der Freisinnigen* und der *Christlichdemokraten* zusammen. Einige Querverbindungen zu Organisationen, die sich auch der Säuberung der Schweiz von verderblichem Gedankengut und der Erhaltung eines «bewährten» solchen verschrieben haben, fallen auf: zum «*Redressement National*» etwa oder zum «*Schweizerischen Aufklärungsdienst*».

... mit der grossen Kelle schöpfen

Allzugern vergleichen sich die Hofer-Fans mit dem ARBUS (*«Arbeitnehmer Radio- und Fernsehbund der Schweiz»*) und unterschieben, dieselben Ziele zu verfolgen, mit gleichzeitiger Betonung, endlich ein Gegengewicht zu schaffen. Doch der Widerspruch fällt ins Auge: der ARBUS verfügt über das bescheidene Budget von 10 000 Franken im Jahr, die SFRV hat immerhin ein Jahresbudget von 800 000 Franken, wovon 600 000 allein für Propagandakampagnen. Diffuser sind die Angaben bezüglich der Mitgliedschaft: SFRV-Sekretär *Willy Güdel* sprach schon von 20 000, die ihr Unbehagen mittels SFRV-Mitgliedschaft artikulieren, kleine Spender sollen viele dabei sein. Güdel gab im Oktober an einer SP-Veranstaltung aber an, pro Mitglied seien durchschnittlich rund 350 Franken gespendet worden. Bei dem Jahresbudget von 808 000 Franken würde das also 2300 Spender ergeben ... Zudem ist ja der abgedruckte Bettelbrief nicht gerade für Schrebergartenbesitzer konzipiert.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele begnügt sich die SFRV nicht mehr mit Interventionen auf parlamentarischer Ebene. Sie zieht alle Register, um ihren Druck auf Radio und Fernsehen laufend zu verstärken. Im April 1974 tauchte der Appenzeller Ständerat Raymond Broger im Fernsehstudio Zürich auf und liess sich ein paar Dutzend angeblich «tendenziöse» Filme vorführen. Broger tat dies in seiner Eigenschaft als Präsident der Vorberatenden Kommission für den Verfassungsartikel über Radio und Fernsehen. Die schwarze Liste der von ihm beanstandeten Sendungen hatte er jedoch von der SFRV, deren Mitglied er ist. Diese eher schamlose Ausnützung seines Amtes für private Zwecke ist auch in der Presse auf Kritik gestossen.

Ein weiteres Beispiel, wie die Kreise der Fernsehsäuberer Stimmung machen: Am 5. November 1974 schoss SFRV-Gründungsmitglied *Dr. Kurt Lareida* in seinem «*Aargauer Tagblatt*» gegen den Tagesschau-Mitarbeiter *Peter Achten*. «*Achten war zunächst bei den ‚Basler Nachrichten' untragbar geworden und trat dann in die ‚National-Zeitung' über, von wo er sich nun zur Tagesschau weitermausert.*» Lareida warf Achten vor, er hätte bei den BN unter anderem «*wegen allzu penetrant zum Ausdruck kommender Verehrung des damaligen nordvietnamischen Kommunistenführers Ho Chi Minh zurückgepfiffen werden*» müssen. Als Beobachter des Blattes hätte er in einer Strassendemonstration für die Demonstranten Partei ergriffen und sich in einem Handgemenge mit der Polizei engagiert. Der Chefredaktor der gewiss nicht im Verruf der Linkslastigkeit stehenden BN, Oskar Reck, hat zwei Tage später die Meldung Lareidas in aller Form als unwahr erklärt.

Doch der Hauptzweck war wohl erreicht: Ein weiterer Schritt zur Einschüchterung sämtlicher Fernseh- und Radio-Mitarbeiter. Diese Einschüchterung und das daraus resultierende Klima sind es, die die Fernsehleute praktisch zur Selbstzensur zwingen: Aus Verdruss über die ungerechtfertigten Angriffe, die einem eine saubere, das heisst kritische journalistische Arbeit praktisch verunmöglichen, verzichtet man zum vornherein auf jeden Stoff und jede Aussage, die irgendwie Anstoss erregen könnte. Den Zuschauern beschert man auf diese Weise ein mächtig langweiliges Fernsehen. Denn eine lebendige Demokratie braucht eine Auseinandersetzung ohne falsche Rücksichten.

Pierre Freimüller, Walter von Büren

Vertraulich

Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung

Provisorisches Budget für 1974	Fr.	Fr.
1. Administration (Sekretariat TV- und Radiobeobachtung, Drucksachen, Bürospesen etc.)		
1.1. Radiotechnische und Audiovisuelle Apparaturen, Bänder, Archiv etc. (Anschaffung)	20 000	
1.2. Büromaschinen, Mobilar (Anschaffung)	20 000	
1.3. Büromiete	15 000	
1.4. Prospekte, Mitgliederliste, Statuten, Beitrittsgesuche, Briefpapier, Couverts, weitere Drucksachen	40 000	
1.5. Porti, Spesen, Massenversand, Telefon	8 000	
1.6. Personalkosten (Geschäftsführer, Sekretärin, 1 Halbtagshilfskraft)	90 000	
1.7. Allgemeine Spesen	5 000	198 000
2. Presse und Informationsdienst		
Wöchentliches Bulletin		14 000
3. Oeffentlichkeitskampagnen		
3.1. Werbekampagne I Mitglieder (Inseratenkampagne SFRV, Motivation zur Mitgliedschaft)	149 000	
3.2. Werbekampagne II Mitglieder (wie 3.1)	149 000	
3.3. Informations-/Aktionskampagne I Inseratekampagne, Auseinandersetzung mit TV- und Radiosendungen, Repliken, öffentl. Dialog, offene Briefe, einschläg. Postulate etc. Vertretung von Zuschauerwünschen, Gegendarstellungen, Stellungnahmen zu Verfassungsartikeln und Gesetzgebung usw.	149 000	
3.4. Informations-/Aktionskampagne II (wie 3.3)	149 000	596 000
4. Budget total		808 000

Mitglieder der schweizerischen Fernseh- und Radiovereinigung

Präsident

Prof. Dr. Walther Hofer*, Nationalrat, Professor für Geschichte an der Uni Bern (svp.)

Vizepräsidenten

Dr. Ernst Bieri*, Bank Bär, Zürich, ehem. Zürcher Finanzdirektor, Oberst, Dienstchef Heer und Haus (fdp.)

Edgar Oehler*, Nationalrat, Gipsermeister in Baigach und Chefredaktor der katholisch-(stock)konservativen **«Ostschweiz»**, hat sich in jüngster Zeit besonders durch seine Aeusserungen zugunsten der chilenischen Obristen hervorgetan (cvp.)

Willy Sauser*, Nationalrat, Vizedirektor der Maschinenfabrik Oerlikon, Zürich (evp.)

Mitglieder

Marcel Aeschbacher, Sekretär des Landesverbandes freier Schweizer Arbeiter (freis. «Gewerkschaft»), Zürich (fdp.)

Dr. Erwin Akeret, Nationalrat, Verleger des (Zürichbieter/Weinländer Tagblatt), Winterthur (svp.)

Dr. Eduard Amstad, Ständerat, Rechtsanwalt, Beckenried NW (cvp.)

Hans Bächler, Grossrat, Ing. agr., Murten (svp.)

Prof. Dr. Hans Georg Bandi, Prof. für Urgeschichte an der Uni Bern

Walter Baumann, Nationalrat, Landwirt und Wirt, Schafisheim AG (svp.)

Dr. Max Beer*, Kaufmann, Bern (fdp.)

Alois Bommer, Nationalrat, Oberrichter, Landwirt u. Gemeindeammann, Rickenbach TG (cvp.)

Dr. Raymond Broger, Ständerat, Landammann im Kt. Appenzell Innerrhoden, Versicherungs-Ombudsmann, vereinigt unzählige weitere öffentliche und private Aemter auf sich (cvp.)

Dr. Hans Conzett, Verleger (Conzett und Huber), Zürich

Dr. Peter Dürrenmatt, Nationalrat, ehem. Chefredaktor der «Basler Nachrichten» (lib.-dem.), Vizepräsident des «Schweiz. Aufklärungsdienstes» (SAD)

Walter Franke, Fabrikant, Aarburg

Dr. Othmar Fries, Verkehrsdirektor der Stadt Luzern, Meggen

Dr. Heinrich Fueter, Filmproduzent (Condor-Film AG), St. Moritz (fdp.)

Jakob Furter, Schreibbuchhalter, St. Gallen

Willy Güdel, Journalist, Bern

Dr. Theodor Gut, Nationalrat, Chefredaktor der **«Zürichsee-Zeitung»**, Stäfa (fdp.)

Prof. Dr. Fritz Gygi, Professor für Staatsrecht an der Uni Bern, Mitglied der juristischen Expertenkommission für den Radio- und Fernsehartikel (svp.)

Josef Harder, Alt-Regierungsrat, Frauenfeld

Dr. Fritz Honegger, Ständerat und Verwaltungsrat zahlreicher Unternehmen (u. a. Elektrowatt), Zürich (fdp.)

Dr. Ernst Jaberg, Regierungspräsident, Bern. Wurde vor einiger Zeit vor allem wegen seines repressiven «Chindlifrässer-Gesetzes» angefochten (svp.)

Frau E. Lardelli*, Grossrätin, Nationalrätin, Fürsprecherin, Chur (svp.)

Dr. Kurt Lareida, Chefredaktor, Aarau

Innozenz Lehner, Nationalrat, Rechtsanwalt, Brig (cvp.)

Felix Matthys*, lic. rer. pol., Universitätsassistent, Zürich (Junge Mitte spv.)

Dr. Rolf Mauch*, Sekretär der aargauischen Handelskammer, Aarau (fdp.)

Franz Muheim, Ständerat, Fürsprecher und Notar, 41facher Verwaltungsrat, Altdorf (cvp.)

Theo Praxmarer, EDV-Leiter, Strengelbach AG

Niklaus Rentsch, Fürsprecher, Bern (Junge Mitte svp.)

Kurt Rietmann, lic. rer. pol., Aarau

Albrecht Rychen, Lehrer, Lyss (Junge Mitte spv.)

Alfred E. Sarasin, Präsident der Schweiz. Bankiervereinigung, Riehen

Adelrich J. Schuler, Nationalrat, Redaktor der katholisch-konservativen «Neuen Zürcher Nachrichten», Thalwil (cvp.)

Walter Siegenthaler, Präs. der Kantonalbank von Bern, Muri

Fritz Stähli, Stadtpräsident, Biel

Dr. Ullin Streiff, Rechtsanwalt, Mitglied des «Redressement National», Uster (fdp.)

Dr. Robert Stuber, Gymnasiallehrer, Biel (fdp.)

Dr. med. Alfred Stucki, Thun

Dr. Gion Clau Vincenz, Ständerat, dipl. ing. agr., Chur (cvp.)

Eduard Vögeli, lic. jur., Fehraltorf (Junge Mitte svp.)

Dr. Karl Völk*, Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich (parteilos)

Dr. h. c. Joachim Weber, Nationalrat, Landwirt, Rickenbach SZ (fdp.)

Hermann Weyeneth, Landwirt, Jegenstorf BE

Dr. Sigmund Widmer, Stadtpräsident Zürich. «Stapi» Widmer bekam die «Opposition» der Bevölkerung etwas hart zu spüren, als er sich mit einer bedingungslosen Unterstützung des U-Bahn-Projektes ein wenig zu unternehmerfreundlich gezeigt hatte.

Edzard Wüstendörfer, Schauspieler und gelegentlicher Fernsehsprecher, Zürich (parteilos)

Dr. Hans Zwicky, Redaktor NZZ, Gümligen BE

Die mit einem * versehenen Mitglieder gehören zugleich der Geschäftsleitung der SFRV an, die von R. Mauch präsidiert wird. Bedeutung der Abkürzungen: svp. = Schweizerische Volkspartei (ehem. bgb); fdp. = Freisinnig-demokratische Partei, cvp. = Christlichdemokratische Volkspartei, ldu. = Landesring der Unabhängigen.

«konzept» gibt gratis eine Liste von Aerzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «konzept» kann ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Redaktion «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

ECHO

In dieser Spalte veröffentlicht «konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, da möglichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

Roter Faszismus

Bitte mir «konzept» nicht mehr zuzusenden. Ich hasse den Faszismus, besonders den roten!

Dr. H. M. Sutermeister, Basel

Analphabetische Niggerstaaten

Einige Tage nach obiger Zuschrift erreichte uns ein weiterer Leserbrief des ehemaligen Berner Gemeinderates und Arztes Dr. M. Sutermeister, der vielleicht besser zeigen mag, wo der Faszismus (sic!) sitzt. (Red.)

Die Basler Toleranz ist sprichwörtlich, aber oft geht sie in eine ganz gewöhnliche Indolenz über. So in der vorletzten Novemberwoche. Während palästinische Terroristen wieder einmal ein Blutbad in einem israelischen Grenzort verursachten und in einem entführten Flugzeug Geiseln über die Klinge springen liessen, feierte Basel unter dem Schutz des roten Polizeidirektors eine «*Palästinawoche*» mit Sammlungen auf öffentlichen Plätzen und Plakaten: «Befreit die gefangenen Palästinenser»! Im Moment, wo die von meist analphabetischen, «befreiten» Niggerstaaten beherrschte Uno dem Vertreter der PLO, Arafat, zujubelte, der nichts weniger als die Auflösung Israels verlangte, und wo die ebenfalls von den afrikanischen Miniaturstaaten regierte Unesco Israel ausschloss, obgleich die Juden prozentual die meisten Nobelpreisträger und Künstler lieferten – im gleichen Moment feierten die Basler «*Progressiven*» unter staatlichem Denkmalschutz die palästinischen Massenmörder! Und dies also ausgerechnet in Basel, wo die Wiege des Zionismus stand! (...) Wie lange dulden wir noch diese Subversiven aus «Schizophrenelis Basler Gärtli», die die Narrenfreiheit der Fastnacht auf das ganze Jahr ausdehnen wollen? Sie werden nämlich langsam, aber sicher zu einer Landesgefahr. Jedenfalls drängt sich heute eine Geste auf, die unser Land tun sollte, Austritt aus der Unesco, wie es schon Nationalrat Dürrenmatt angeregt hatte.

Dr. H. Martin Sutermeister, Basel

Keine altliberalen Unterschriftensammlungen

Sicher gehen wir nicht mit allem einig, was in die Spalten des «zürcher student» Eingang findet. Im Grunde aber freuen wir uns jedes Mal über das Erscheinen des ZS, der sich – angenehm oder unangenehm – von den übrigen Blättli an der Uni abhebt.

Wie hingegen, fragen wir uns, kommt die Redaktion dazu, Ihr Blatt derart dubios-reaktionären Aktionen altliberalen Stils wie der Unterschriftensammlung Dutler-Minelli zur Verfügung zu stellen?

Attila Karlovich
Walter Frunz

Nicht homosexuell

Senden Sie mir Ihr Blättchen nicht mehr. Es ist stupid, und was mich betrifft, bin ich noch nicht homosexuell, um Ihr Blatt beziehen zu müssen.

Dolezal Jiri, Bern

«konzept»-Pillenliste

Gerne würde ich Eure Liste der «liberalen» Aerzte zugeschickt bekommen. Sie könnte meiner Freundin und mir als Diskussionsbasis betreffend den Ausbau unserer Freundschaft auf körperliche Ebene dienen. *(Jahrgang 1956)*

konzept Tip

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zugestellt werden.

Afrikanische Literatur

«Partnerschaft mit Afrika lässt keinen Einbahnverkehr auf geistiger Ebene zu», lautet die Maxime einer Arbeitsgruppe, die eine Bibliographie afrikanischen Schrifttums (Romane, Erzählungen, Theaterstücke, Gedichte, Märchen, Lesebücher, Nachschlagwerke) erstellt hat. Die Bibliographie soll mithelfen, Fühlen, Denken und Handeln der Afrikaner besser verständlich zu machen und dort eine Lücke zu füllen, wo wirtschaftliche Daten allein einem Problem nicht mehr gerecht werden. Sie ist gegen 1.50 Franken in Briefmarken erhältlich bei der Arbeitsgruppe für Entwicklungspolitik, Postfach 46, 1701 Fribourg. Die besprochenen Bücher können bei der gleichen Adresse gegen einen Unkostenbeitrag für Ausstellungszwecke ausgeliehen werden.

Solothurner Frühling

In der Juni-Nummer berichteten wir von der Wahl des ehemaligen CVP-Generalsekretärs Urs C. Reinhardt als Rektor der Schule für Sozialarbeit Solothurn über die Köpfe der Dozenten und Studenten hinweg. Diese einsame Aktion des «Seraphischen Liebeswerks», das Träger der Schule ist, stiess damals in einer weiteren Oeffentlichkeit auf Ablehnung. Eine Gruppe von direkt Betroffenen hat nun eine Broschüre mit obigem Titel über die ganze Affäre herausgegeben. Sie ist erhältlich für 11.50 Franken bei der Buchhandlung für Soziologie, Münstergasse 41, 3011 Bern.

Literaturzeitschrift

Mit ihrer neuen Literaturzeitschrift «*orte*» wollen die Herausgeber *Rosemarie Egger* und *Werner Bucher* der viersprachigen Schweiz gerecht werden. Die erste Nummer ist *Gustave Roud*, die zweite den romanischen Dichtern gewidmet. Daneben findet der Leser Texte von *Kurt Marti, Jon Semadeni, Martin Steiner, Elisabeth Meylan, Andri Peer, Cla Biert, Irmgard Steppuhn, Beat Brechtbühl* und vielen anderen. Sympathisch ist, dass jeder Autor von den Herausgebern kurz vorgestellt wird. Das Jahresabonnement kostet 20 Fr. (5 Nummern) und ist erhältlich bei «orte», Dorngasse 51, 8968 Mutschellen.

Konrad Farner

«konzept» hat in seiner Nummer vom März 1974 den letzten Text veröffentlicht («25 Thesen zum Fall Solschenizyn»). Wer sich mehr für die Persönlichkeit des verstorbenen Historikers und Theologen interessiert, kann die Sondernummer der Literaturzeitschrift «drehpunkt» bestellen, die ganz Konrad Farner gewidmet ist. Sie enthält Texte von *Max Bächlin, Fritz Billeter, Georg Hartmann, Kurt Marti* und *Paul Nizon* sowie einige wichtige Texte von Farner selbst. Bestelladresse: «drehpunkt», Postfach 794, 4002 Basel (Preis 3 Fr.).

konzept

Herausgeber: Verein «konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ✆ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

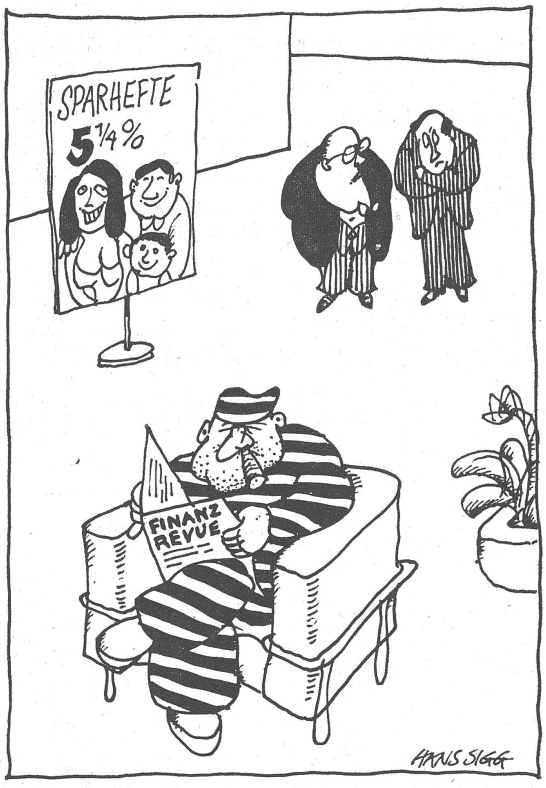
Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss Nr. 1: 3. 1. 75
Inseratenschluss: 10. 1. 75

Kein Mittel gegen Superreiche?

Das Buch «Die Reichen und die Superreichen in der Schweiz» (Hoffmann und Campe, 290 S., 33 Fr.) wie sein Autor, Carl M. Holliger, sind schon kurz nach Erscheinen ins linke und rechte Sperrfeuer geraten. Ein unbequemes Buch also? Nicht gerade, sondern eher ein nicht völlig durchdachtes Buch. Der Wirtschaftsredaktor der Ringier-Zentralredaktion hat sich mit seinem Werk zu jenen Liberalen gesellt, denen es zwar unwohl wird ob der wachsenden Konzentration wirtschaftlicher Macht, die aber ratlos um Auswege sind.

Bisweilen schlägt die Beschreibung der Reichtümer der Reichen geradezu in Bewunderung um. Ein Beispiel dieser zwiespältigen Haltung liefert Holliger mit seinem Unternehmerbild. Der alte *Ringier* war *«schlicht genial»*, bei *Bally* wünscht sich Holliger zur Sanierung des Konzerns einen *«unternehmerischen Condottiere»*, einen *«neuen Besen»*, oder auch *«Rücksichtslosigkeit»* und *«Grossreinemachen»* zur Straffung des Abegg-Vermögens. Obwohl der Autor andernorts ausführlich beschreibt, wie viele Unternehmen aus den angeheirateten oder ererbten Vermögen des letzten Jahrhunderts entstanden, skizziert er im Zusammenhang mit dem *Juvena*-Gründer *Locher*, dessen französisches Schloss eine breite Darstellung findet, das *«typische Unternehmermodell des letzten Jahrhunderts»* mit den Worten: *«Ein Mann hat eine Idee und setzt sie unter Kalkulation der Kostenfolge gegen alle Widerstände in die Tat um»*. An anderer Stelle rechnet Holliger aber wiederum ab mit allen Firmendynastien, die ihren Reichtum auf Kinder- und Heimarbeit des letzten Jahrhunderts unter der Fuchtel solcher dynamischer Unternehmer gründeten. Dieses schwankende Verhältnis zum Unternehmerbild tritt auch in der Beschreibung des Verhältnisses zwischen Firmenbesitzern und angestellten Managern zutage. Einerseits *«unterliegen die Linkskreise in der Schweiz einem Irrtum»*, im Glauben, die Wirtschaft befinde sich in den Händen des Kapitals, aber anderseits sprechen das massgebliche Wort *«noch überall die Gründerfamilien»*, und der Manager wird vom Besitzer behandelt *«wie der hinterste Lehrling»*. Ja sogar ein neues Gängelband haben die Besitzenden ersonnen, um den Manager abhängig zu halten, indem sie ihn zum *«totalen Konsumenten»* mit grossen persönlichen Ausgaben machen. Den Standpunkt dieses unterdrückten Managers ergreift Holliger, wenn er es *«schlicht unverständlich»* findet, dass die Besitzenden ihre Mitarbeiterbeteiligungen allen Beschäftigten und nicht nur den Kadern anbieten. Denn nach Holliger vergessen sie, dass die Manager heute führen, und obwohl er im ganzen Buch zeigt, wie beständig die besitzenden Familien sich am Steuerrad ihrer Unternehmen halten können, rät er ihnen zur Verbreiterung ihrer Schicht durch die Manager.



«Wann die Polizei gerufen wird, bestimme ich als Generaldirektor. – Der Mann ist immerhin mit einem 40-Millionen-Projekt an uns herangetreten.»

Herrschaft der Banken?

Ausser *Nestlé* und *Hoffmann-La Roche* halten die *Banken* die *«gesamte Wirtschaft fest im Griff»*, stellt Holliger ohne nähere Angaben fest. Dies hindert ihn aber nicht, bei verschiedenen Darstellungen reicher Familien zu spekulieren, wie grosse Anteile sie an einer der drei Grossbanken besitzen. Der viel näherliegende Gedanke, dass Industrie und Banken von den gleichen Kreisen beherrscht werden, geht unter. Desgleichen schreibt der Autor die Machtausdehnung der Banken den Machtansprüchen ihrer Manager zu. Auch hier fehlt wieder jeder Bezug zur Industrie, deren Wachstum und Kapitalanhäufung allein schon genügend Grund dafür ist, dass die Grossbankenbilanzen sich aufblähen, ganz zu schweigen vom Auslandgeschäft, das durch weltwirtschaftliche Entwicklungen wie Eurodollarmärkte oder Multinationalisierung des Kapitals markant vergrössert wurde. Die Unternehmerwelt der Superreichen besteht bei Holliger aus freischwebenden Entscheiden, die je nach der Dynamik der beteiligten Persönlichkeiten verschieden ausfallen. Nicht nur in der knappen Schilderung des Verhältnisses der Banken zur Industrie, sondern auf den meisten Strecken des ganzen Buches kommt dieser Verzicht auf Gesamtzusammenhänge, auf Hypothesen und Theoriebildung zum Vorschein. Dies lässt Raum für beträchtliche Unschärfen der Darstellung.

Mangels genauerer Information oder mangels Mut zur Stellungnahme multiviert Holliger die Unschärfen im Text. Er nimmt an, dass die *«Familienvermögen der oben genannten Firmen (einiger Handelshäuser) zwischen Dutzenden und Hunderten von Millionen schwanken»*. Abgesehen davon, was das Familienvermögen einer Firma überhaupt sein soll, beträgt die angegebene Spanne zwischen 24 und 999 Millionen Franken, lässt also Verhältnisse von 1 zu 40 offen. Dies ist nicht einmal eine rohe Schätzung, sondern bloss fehlende Informiertheit. Oder wie soll man die Familie Bally einschätzen, wenn man folgenden Satz liest: *«Die Familie Bally hat heute mit Ausnahme gewichtiger Anteile an verschiedenen Schweizer Unternehmen kaum noch wirtschaftlich bedeutende Machtpositionen.»* Ist ihre finanzielle Potenz nun gewichtig oder unbedeutend?

Mit solchen Füllsätzen entwindet sich Holliger der Erkenntnis Wittgensteins *«Worüber man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen»*. Eine grosse Kapitelüberschrift kündet beispielsweise die *«Treuhand- und Revisionsgesellschaften»* an, die im Dienst der Grossbanken die Jahresbilanzen der von ihnen abhängigen Unternehmen röntgen. Aber nach genau einer Seite Text kehrt Holliger vom Thema ab, zu dem er auch nicht mehr als Vermutungen beisteuern kann, und widmet sich «staatspolitischen» Bedenken über den Wildwuchs der Grossbanken. Nach nochmals zwei Seiten bricht das Kapitel schon ab. Aehnlich lau und vom Titel abseits liegt die Behandlung der *Exportindustrie*, als *«heilige Schweizer Kuh»* angekündigt.

Eine Unschärfe der Information liegt auch in der Vernachlässigung von Unternehmen, über die der Autor offensichtlich ebenfalls keinen nähern Bescheid weiss, wie *von Roll, Georg Fischer* oder *Nestlé*. Diese Firmen werden nur kurz im Zusammenhang mit andern Darstellungen gestreift. Die *Uhrenindustrie* mit ihren grossen Baronen und ihrer von Banken und Grossfirmen durchgepeitschten Konzentration tut Holliger kurz als *«monstruösen Klüngel»* ab, obwohl gerade die Schilderung der Druckversuche, Kartellierungen und des Auffressens kleinerer Firmen durch die Unternehmen der alten Familien völlig auf der Linie des Buchzweckes liegen würde. Auch hätte sich dort zeigen lassen, wie es der westschweizerischen Aristokratie gelang, den Bund zum Aufpäppeln ihrer Uhrenfirmen durch Gesetze und Finanzspritzen einzuspannen.

Man muss Holliger allerdings zugute halten, dass er seine Informationen im Klima der nichtssagenden Unternehmenspublizität und der deutlichen Oeffentlichkeitsscheu der Superreichen in der Schweiz schreiben musste. Eine gleichartige Publikation wie sein Band existiert sonst nicht, sieht man von den nun bald 30 bis 40 Jahre alten Büchern des anonymen *«Pollux»*, sowie von einigen verstreuten Zeitungsartikeln ab. Holliger hat immerhin ein heisses Thema aufgegriffen, und nicht ohne Risiken für seine eigene berufliche Position abgehandelt. Die Darstellung des Vermögens der *Abegg*, der *Schwarzenbach* oder des Aufstiegs der *Schmidheiny* bringt informative Neuigkeiten. Auch wenn die Sprache manchmal allzu salopp und die gedankliche Durchführung nicht gerade streng wissenschaftlich ist, behält das Buch den Charakter von Aufklärung über bisher Verschwiegenes. Wenn es sich nicht an den Akademiker oder Fachmann wendet, erfüllt es in der Verbreitung als populärer Bestseller eine Informationsaufgabe in breiten Schichten, die von den marxisierenden, abstrakten Analysen mancher linker Gruppen nie erreicht wird.

Ursachen der Riesenvermögen

Wesentlich in einem solchen Buch ist aber die Erklärung der Ursachen der fabulösen Reichtümer. Hier kann sich der Leser unter den verschiedensten Theorien aussuchen, was er glauben will. Reiner Marxismus klingt an: *«Reich wird man nicht durch Erwerbseinkommen, sondern durch die Arbeit anderer.»* Aber weite Teile des Buches sehen die Hauptursache in den Konventionsheiraten und in der Clanbildung der herrschenden Familien. Für *Schmidheiny* aber wiederum liegt der Schlüssel zum Erfolg darin, dass er *«aus der Provinz heraus»* operiert. Der einzige systematischere Teil des Buches findet im schweizerischen *Aktienrecht*, also in den Partizipationsscheinen und im Depotstimmrecht der Banken einen weitern Grund zur Bewahrung grosser Vermögen. Gesamthaft gesehen kann aber das Buch Holligers die präsentierten Daten und Fakten nicht in eine wirkliche Analyse einführen – es bleibt ohne verbindliche Aussage.

«Vergesellschaftung der Demokratie»

Entsprechend blutleer sind die Auswege, die Holliger aufzeigt. Die Linken greift er verschiedentlich heftig an, so dass er von dieser Seite kein Heil erwartet. Der Sozialdemokratie gibt er den einzigartigen Rat, es den Familien und Clans der Superreichen gleichzutun: *«Die Clanbildung innerhalb der linken Elite muss wesentlich intensiviert werden, wenn diese massgeblichen Kreise in der Sozialdemokratie nicht riskieren wollen, plötzlich durch irgendeinen radikalen Flügel ihrer Partei in den Windschatten versetzt zu werden.»*

Obwohl in der Geschichte kaum eine besitzende Schicht freiwillig abgetreten ist, gibt Holliger den reichen Schweizern die Empfehlung: *«Es kann nur darum gehen, dass die Machteliten heute erkennen, dass sie an der Grenze ihrer Macht angelangt sind und diese teilweise bereits überschritten haben.»* Diese Stelle gerät mit den Zeilen nur eine Seite weiter vorne bereits in Widerspruch: *«Denn dass die Demokratie demokratischer wird, daran hat die gesellschaftliche Elite, haben die Reichen und Superreichen kein Interesse.»* Das gross angekündigte Schlusskapitel *«Theorie der Macht- und Geldeliten»* endet daher in einem kläglichen Ruf nach nebulöser *«Vergesellschaftung der Demokratie»* und in einer zweimaligen Warnung, die Eigentumsverhältnisse zu verschieben. Flacher kann ein Buch über die Macht der Superreichen kaum enden. Oder doch – mit der Identifizierung von Linken und Diktatur: *«Es entstünde (bei einem Machtwechsel) die Klasse der Funktionäre, die das Individuum lediglich nach seinem politischen Wohlverhalten einordnen würde.»*

Die Unfähigkeit, gesellschaftliche Prozesse global und unter Alternativaspekten zu sehen, ging auch aus der Antwort Holligers am Radio hervor, als er den Sinn des Reichtums erklären musste. Reichtum ist für ihn die Möglichkeit, dem Druck anderer auszuweichen, unabhängig zu sein. Damit hat er die Logik des gegenwärtigen Wirtschaftssystems genau umschrieben. Wirtschaftlicher Macht kann man mit eigener wirtschaftlicher Macht entgegentreten, im Kampf aller gegen alle. Dem einzelnen bleibt nur braves Schaffen, damit er sich wirtschaftlich ein wenig freistrampeln kann. Solidarität, gemeinschaftliches und demokratisches Arbeiten und Verteilen haben hier keinen Platz. Gesellschaftliche Alternativen zu den Superreichen sind nicht in Sicht.

Karl G. Stalder

Die armen Reichen

Man soll stets auch die Betroffenen zu Wort kommen lassen. Nicht einfach so einseitig über sie herfallen wie dieser Holliger, dem nichts mehr heilig ist, seit ihn der Ringier abgenabelt hat. Richtig unfair von ihm, dem Holliger, dass sich die Angepöbelten nicht einmal verteidigen durften. Dabei wäre das Buch viel lustiger geworden. Da sind wir beim «konzept» ganz anders. Wir wollen unsere Spalten auch verfolgten Minderheiten öffnen.

Jawohl! Richtig zu bedauern sind sie nämlich, die Reichen, diese schmählich diskriminierte Minderheit von machtlosen, bescheidenen, aber verantwortungsbewussten Staatsbürgern, die etwas geleistet und nichts als das allgemeine Wohl im Auge haben, und dazu noch jedes Jahr ein Abzeichen für die Winterhilfe kaufen. Da haben sie ein halbes Leben lang geschuftet und im Schweiss ihrer Verantwortung ein Vermögen erarbeiten lassen, und zuletzt missgönnt man ihnen noch die paar Millionli oder bestenfalls Milliarden, die der unbarmherzigen, blutsaugenden Steuerschraube des Staates entronnen sind.

Eine Glosse? Aber nein! Bloss das Fazit aus den getätigten Aeusserungen einiger Superreicher.

Solch letztere wohnen vorzugsweise in der Gegend um Zürich herum. Erstens finden sie da immer sehr verständnisvolle Behörden, und zweitens haben sie da einen kürzeren Weg, wenn sie ihre Banken abklopfen. (Time is money, auch für die Reichen.) Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass ein sonst eher farbig farbloser Gratisanzeiger aus Zürich uns die Arbeit abgenommen hat, die von Holliger entblössten Unternehmer und Manager um ihren Kommentar zu bitten. Uns hätten sie ohnehin keine Auskunft gegeben.

Derartige Verständnislosigkeit für journalistische Wahrheitssuche widerfuhr zwar dem erwähnten Werbeblatt auch. Bei Dieter Bührle zum Beispiel. Andere hingegen packten schonungslos aus: Sie besässen kaum zwei Prozent dessen, was ihnen Holliger zuschreibt. So Max Schmidheiny (der Zementkönig) oder Hans Robert Schwarzenbach. Noch bescheidener ist Carl Arter Abegg der Textile. Bei ihm ist es nur ein Promille, und dabei soll der arme Kerl der reichsten Schweizer Familie angehören. Nicht abstreiten will Abegg offenbar die Vernunftehen, welche die Familie jeweils schloss, um das Vermögen zu mehren. «Die sind nichts Ausserordentliches. Es ist eine Naturerscheinung und Selbstverständlichkeit, dass man unter seinesgleichen heiratet.»

Demgegenüber meint Schwarzenbach, dass er und seine Familie überhaupt gar nicht reich seien, kein kleines bisschen. «Superreich schon gar nicht.» Er wirft dem Bestseller-Autor vor, dass er sich nicht besser informiert habe: «Hätte sich Holliger einmal bei mir und den andern Unternehmern gemeldet, wäre das Buch ohne Zweifel wesentlich besser geworden.»

Zweifellos, das hätte er tun sollen. Und die Unternehmer, aufrichtig wie sie sind, hätten ihm alles getreulich und brav gesagt, wie schrecklich wenig sie verdienten, welch lumpiges Vermögen sie hätten und dass sie überhaupt dem Geld keinen Dreck nachhingen. Und der Holliger hätte ihnen schön alles geglaubt, dumm wie er ist. Aber sicher wäre das Buch besser geworden – für die Unternehmer.

Ein anderer Manager profunder Sprüche ist Schmidheiny, etwa wenn es um die angebliche Macht der Wirtschaftskönige und -manager geht. «Was für Macht haben wir denn? Der Unternehmer ist doch heute ein geplagter Kerl. Er muss sich enorm anstrengen, damit er die Löhne zahlen und die ständig steigenden Kosten decken kann.»

Ja früher, da haben die Fabrikanten, wenn sie die Löhne nicht mehr glaubten zahlen zu können, die Arbeiter einfach entlassen. Aber heute ist das ja Gott sei Dank nicht mehr so, wie man weiss. Da sparen sich die Unternehmer die Löhne der Angestellten vom Mund ab und essen nur noch Geschwellte mit Kartoffeln. Tun nicht einmal Zucker drauf, ein zusätzlicher Verzicht. Aber ohne Ironie: Wo sind eigentlich jetzt die Reserven für schlechte Zeiten, mit denen die überrissenen Gewinne der guten Zeiten stets motiviert wurden?

Doch lassen wir Herrn Schmidheiny ausreden: «Die Macht haben heute die Gewerkschaften, die Wirtschaftsverbände und die Politiker. Die Schweiz ist die einzige Demokratie, wo dem einzelnen sofort die Flügel gestutzt werden, wenn er zu hoch kommt.»

Wer's glaubt, wird stutzig; wer nicht stutzt, wird gestutzt. Darum sind ja auch die amerikanischen Antitrustgesetze eine Säuglingsheimordnung gegen die schweizerischen. Darum sind die Reichen in der Schweiz erfolgreich Sturm gelaufen gegen Reichtumssteuern, die sie nur annähernd so stark gerupft hätten wie im Ausland verschiedentlich üblich. Oder sind das dort vielleicht gar keine Demokratien? (Weil unschweizerisch?)

Ich hätte das Leuchten in den Augen eines Gewerkschaftsfunktionärs sehen wollen beim Satz von der Macht der Gewerkschaften. Bezüglich jener der Wirtschaftsverbände dürfte Schmidheiny schon eher recht haben. Mit der kleinen Korrektur, dass dort seinesgleichen auch ein bisschen was zu sagen haben.

Treiben wir's nicht ins Uferlose. Wie gesagt, es sind arme, geplagte Kerle, die Reichen. Man sollte endlich etwas zu ihrem Schutz tun.

Um Missverständnisse aus der Welt zu räumen: Ich bin nicht neidisch. Ich möchte wirklich nicht in ihrer Haut stecken. Ich bin froh, dass ich nicht unbedingt unter meinesgleichen heiraten muss, wenn überhaupt. Ich bin froh um meine kleine Freiheit eines Vagabunden zwischen den Zäunen des Privateigentums. Aber manchmal macht es mich rasend zu sehen, wie gewisse Kreise die ihnen allein kraft ihres Reichtums zukommende Macht schamlos dazu ausnutzen, ihre Privilegien auf Kosten anderer zu festigen und auszubauen.

Beat Schweingruber

Es gibt genug dumme Geschenke!

Machen Sie's besser: schenken Sie ein Jahr konzept

k 12/74

Jeden Monat Information zum Nachdenken, Kommentare und Berichte, die nicht an der Oberfläche bleiben. Eine Alternative zum unkritischen «Meinungskonsum»!

Sonderangebot 3 für 2 (gültig bis 31. 12. 74) 1 Abonnement (bis Dezember 1975) Fr. 15.–, 2 Abonnemente Fr. 23.–, 3 Abonnemente Fr. 30.– usw. Geschenkabonnemente laufen ab erfolgter Zahlung (PC 80–37626, konzept, Zürich). Rechnung wird verschickt. Mit diesem Talon können Sie «konzept» auch für sich selbst bestellen. Talon einsenden an: *«konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.*

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Rechnung an:
Name und Adresse:

Ich erhielt diese KONZEPT-Nummer von einem Bekannten*/ durch Zusendung*/Zeitungsinserat*/Kiosk*/ im Abonnement*. Sie war aufgelegt* in

* Zutr. unterstreichen.

Weltweiter Disput um überhöhte Valium-/Librium-Preise hält an

Aera der Superprofite zu Ende?

In der Juli/August-Nummer gingen wir auf die fragwürdige Verkaufspraxis der Nestlé für ihre Babynahrung in Entwicklungsländern ein. Heute soll ein weiteres – leider aktuelles – Kapitel schweizerischen Aussenhandels zur Sprache kommen. Unser Mitarbeiter Pierre L. Tannaz berichtet über den neuesten Stand der Auseinandersetzung um die Preispolitik des Basler Pharma-Grosskonzerns Hoffmann-La Roche.

Man erinnert sich: Der Streit um überhöhte Preise bei den beiden Roche-Beruhigungsmitteln Valium und Librium begann vor etwas mehr als drei Jahren, und zwar in Grossbritannien. Dort wurde von der Regierung eine Untersuchung angestrengt, die den ganzen Fragenkomplex der Preisgestaltung einmal etwas eingehender studieren sollte.

Letztes Jahr war es dann soweit mit der Veröffentlichung des selbstverständlich nicht nur im «Vereinigten Königreich» mit Spannung erwarteten Berichts. Die (inzwischen bereits verwirklichten) Forderungen der britischen Monopolkommission liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig – die englische Roche-Tochter wurde gezwungen, ihre beiden Kassenhits Valium und Librium, die schätzungsweise 25 Prozent des Psychopharmaka-Umsatzes des Basler Multis ausmachen sollen, stark zu verbilligen.

Der Preis von Librium musste um nicht weniger als 60, derjenige von Valium, das in einem im angesehenen «New England Journal of Medicine» publizierten Report über eine internationale Studie als das *meistverschriebene* Medikament unseres Jahrhunderts überhaupt bezeichnet wurde, gar um 75 Prozent reduziert werden.

Das hat natürlich den Basler Pharma-Giganten – zu dem übrigens über die beiden Stammgesellschaften *F. Hoffmann-La Roche & Co. AG* (Basel) und *Sapac Corporation, Ltd.* (New Brunswick, Kanada) an die 70 Fabrikations- und Verkaufsgesellschaften mit einem Personalbestand von insgesamt 35 000 Mitarbeitern gehören und der 1973 einen konsolidierten Umsatz von 4617 Mio. Fr. sowie einen «Gruppenerfolg» von 553 Mio. Fr. herausgewirtschaftet haben soll – mächtig in «Rage» gebracht, musste er doch mit dieser einstweiligen Verfügung der britischen Regierung auch mit Unannehmlichkeiten in andern Ländern rechnen.

Wie in England...

So hat denn auch die englische Roche gegen den Befund der Monopolkommission einen Prozess angestrengt. Ausserdem forderte der betroffene Pharma-Konzern die Gerichte in einem Nebenprozess auf, die Regierung dazu zu bringen, dass sie in ihrer Verfügung die Verpflichtung auf sich nimmt, Wiedergutmachung zu versprechen, falls Roche im Hauptprozess siegen würde. Der Basler Pharma-Gigant beziffert den ihm durch den Bericht verursachten Schaden auf rund 16 Millionen Franken.

Indes: Aus der Sache mit der Wiedergutmachung – ein für den ganzen Fall bedeutungsvoller Punkt – wurde nichts. Nachdem zwar das Gericht unterster Instanz der Hoffroche recht gegeben hatte, waren hernach aber sowohl das Berufungsgericht als auch das Oberhaus, das die höchste richterliche Gewalt darstellt, anderer Meinung.

Der Niederlage im Nebenprozess dürfte freilich im Hauptprozess kaum mehr als ein Pyrrhussieg folgen. Denn: Zwar scheint die englische Regierung heute zu begreifen, dass die verfügten Preisreduktionen wegen der mittlerweile eingetretenen Teuerung doch zu drastisch sind, und wäre daher an sich auch zu einer Neuanpassung bereit – allerdings nur, wenn der Basler Pharma-Riese den von Whitehall auf über 50 Mio. Fr. (!) geschätzten Uebergewinn, den der Konzern bisher allein auf der Insel eingesteckt haben soll, wieder herausrücken würde. Und gerade zu dem scheint die Hoffroche (noch) nicht bereit zu sein.

Dass es bloss ein Pyrrhussieg sein könnte, sollte das englische Tochterunternehmen auch wirklich gewinnen (was noch keinesfalls so sicher ist), erklärt sich vor allem aus dem Umstand, dass ein endgültiges Urteil nicht vor 1976 oder gar 1977 zu erwarten ist, also zu einem Zeitpunkt, da die *Patente* für Valium und Librium in England schon längst verfallen sein werden...

Die nicht nur in England zu beobachtende monopolitische Sonderposition, die die beiden Roche-Tranquilizer besitzen, hat in den letzten Wochen und Monaten auch viele andere Landesregierungen hellhörig gemacht. So musste beispielsweise erst kürzlich auch der Vertreter der deutschen Hoffroche beim Bundeskartellamt vortraben und Rechenschaft über die Marktstellung von Valium und Librium ablegen.

...so auch in der BRD

Die in Berlin domizilierte Behörde hatte nämlich bereits im Sommer 1973 verschiedene, sich freilich nicht nur auf die beiden Roche-Präparate beziehende Untersuchungen auf den Märkten für pharmazeutische Spezialitäten in die Wege geleitet, weil der Verdacht geäussert wurde, dass für, zahlreiche Medikamente zu hohe Preise gefordert werden.

Das Bundeskartellamt stellte, wie nicht anders zu erwarten war, auch in der BRD für Valium und Librium eine *marktbeherrschende Stellung* fest und kam zu dem Schluss, dass *«die geforderten Preise von denen abweichen, die bei wesentlichem Wettbewerb durchsetzbar wären»*. Nach Ansicht der Behörde liegen die Marktanteile der beiden Tranquilizer in der BRD bei 53,3 Prozent im Absatzbereich Apotheken und bei rund 85 Prozent im Absatzbereich Spitäler und Krankenhäuser.

Das Amt verwies im übrigen auch auf die langfristig bei Valium und Librium erzielten hohen Gewinne, die zwar nach Angaben des Konzerns bei Valium 43 Prozent vom Umsatz vor Steuern erreichten, nach Berechnung der Behörde indessen noch höher liegen müssten.

Zum Vorwurf der *missbräuchlichen Preisgestaltung* wurde ein – allerdings nicht ganz unumstrittener – internationaler Preisvergleich angestellt: Nach Angaben des Bundeskartellamts sollen die deutschen Valiumpreise um rund 50 Prozent über denen in Frankreich und Italien liegen. Und im Vergleich mit Grossbritannien sollen sie bei Librium um 60 und bei Valium sogar um 75 Prozent höher sein. Auch im Zusammenhang mit den Preisen für Wirkstoffe, die die deutsche Hoffroche an das Basler Stammhaus zu zahlen hat, wurde von der Behörde ein Beispiel genannt: Bei Librium sollen sie um das 48fache, bei Valium gar um das 90fache über den italienischen Wettbewerbspreisen liegen...

Das Bundeskartellamt gelangte aufgrund dieser Ueberlegungen zu der Auffassung, dass mit den Preisen der beiden Roche-Tranquilizer in der Tat etwas nicht stimmen könne, und ordnete daher auf den 1. Januar 1975 hin eine Senkung der Herstellerabgabepreise – für Valium um 40 und für Librium um 35 Prozent – an.

Der Basler Pharma-Konzern, der allerdings nach wie vor auch in der BRD der Ansicht ist, dass die beiden Präparate eben doch keine marktbeherrschende Stellung einnähmen, sondern viel eher einer starken Konkurrenz ausgesetzt seien und zudem die vom Bundeskartellamt angestellten Berechnungen wenigstens teilweise von unrichtigen Voraussetzungen ausgingen und daher auch nicht aussagekräftig seien, legte erst kürzlich Beschwerde gegen diese Verfügung beim zuständigen Kammergericht ein. Hinsichtlich der sofortigen Vollziehbarkeit hat nun diese Instanz bereits einen Entscheid getroffen: Die Verfügung wird doch nicht auf Neujahr in Kraft treten, da die Anordnung nach Meinung des Gerichts eine *«unbillige Härte»* darstelle.

In der Begründung scheint – jedenfalls laut einer Roche-Pressemitteilung – durchzuschimmern, dass die vom Bundeskartellamt gemachten Ueberlegungen eben doch nicht so hieb- und stichfest seien und daher zurzeit sogar ernstliche Zweifel an der Rechtmässigkeit der angefochtenen Verfügung bestünden. Ein sofortiger Vollzug des Beschlusses des Kartellamts sei nicht durch überwiegende öffentliche Interessen geboten, hiess es weiter, weil die Preise für Librium und Valium seit über zehn Jahren nicht mehr erhöht worden seien und deshalb auch keine stabilisierungsgefährdende Preiserhöhung bekämpft werden müsse...

...und in Holland

Auch in *Holland* steht die Hoffroche unter recht schwerem Beschuss. Zwar wurden die Preise für die beiden Tranquilizer dank Aenderungen im Vertriebssystem und insbesondere durch Aufgabe des Verkaufs von Klein- und Kleinstpackungen (so die Roche selbst) auf den 1. September dieses Jahres hin aufgrund eines von der Gesellschaft freiwillig gefassten Entschlusses um immerhin 25 Prozent gesenkt. Allein, diese Massnahme, die ja nur deshalb durchgeführt wurde, weil man einen Zwang der niederländischen Regierung verhindern beziehungsweise ihm zuvorkommen wollte, dürfte auf die Länge wohl doch nicht genügen. Wirtschaftsminister *Lubbers* hat nämlich in der Beantwortung einer schriftlichen Frage im Parlament die Ansicht vertreten, dass diese Preisermässigung immer noch zu gering sei.

Selbstverständlich erhitzen sich die Gemüter nicht bloss in den paar erwähnten Ländern, auch wenn man vielleicht gerade in Grossbritannien, in der BRD und in Holland (eventuell auch in den USA) im Augenblick der Klärung der nicht nur bei den beiden Hoffroche-Produkten existenten Frage nach der Verhältnismässigkeit von Risiko und Gewinn im «Medikamentengeschäft» am nächsten ist.

Weit ruhiger ist es hingegen in unserem eigenen Lande, wo ausser über einen (freilich abgelehnten) Antrag um Preiserhöhung (!) für Valium und Librium (um 10 Prozent, im September 1973) zum Thema nicht sehr viel zu melden ist. Dieser Zustand kann sich aber auch noch ändern, denn das Stichwort «Medikamentengeschäft» ist mittlerweile auch bei uns nicht mehr ganz so unbekannt...

Pierre L. Tannaz

Die Energieschere

bs. Als die elektrischen Zahnbürsten auf den Markt geworfen wurden, wartete man auf die elektrische Nagelfeile. Als die auch da war, wartete man auf den elektrischen Schuhlöffel und die elektrische Fonduegabel. Leider ist mir noch keins von beiden unter die konsumwütigen Augen gekommen. Dafür etwas anderes, und zwar im eben eröffneten Tivoli in Spreitenbach.

Mit aller zur Verfügung stehenden Skepsis, wie es sich für einen eingefleischten Gegner von Einkaufszentren gehört (nebenbei: ich habe nichts, aber auch gar nichts gekauft!), schlendere ich durch das Gebilde, das mit einer unglaublichen Aggressivität offenbar Einkaufserlebnisse vermitteln soll, und werde an einen kleinen Stand gespült, an dem sage und kaufe elektrische Haushaltscheren angeboten werden. Die Leute sollen also nicht einmal mehr Daumen und Zeigefinger auf und ab bewegen müssen. (Dafür wird es sicher bald ein entsprechendes Finger-Fitnessgerät geben.)

Ich habe mich dann aber überzeugen lassen, dass die Motörli-Scheren sehr umweltfreundlich sind. Auf die Frage nämlich, ob das der neueste Beitrag zur Lösung der Energiekrise sei, antwortete die reizende Verkäuferin sehr dezidiert: «Diese Apparate brauchen keine Energie; die laufen mit Batterie.» – Trauer muss Elektra tragen, ob so viel ökologischen Scharfsinns.

PS: Wann kommen eigentlich die Fitnessgeräte, die den geleisteten Kraftaufwand in verwertbare Energie umwandeln? Beispielsweise der Velo-Hometrainer, der über einen Dynamo den Liftmotor antreibt?

«konzept», das Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Mte. Fr. 19.95 (statt Fr. 28.50)
für 6 Mte. Fr. 37.10 (statt Fr. 53.—)
für 1 Jahr Fr. 71.40 (statt Fr. 102.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z.St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen.

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 19.95
für 6 Monate zu Fr. 37.10
für 1 Jahr zu Fr. 71.40

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Hochschule: _____ Semester: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Auswege aus der grosstechnologischen Sackgasse

Den Sanften gehört die Umwelt

Die Ausgangssituation ist bekannt: Die grosstechnologische Entwicklung wird in eine Sackgasse führen. Die Frage ist nur wann (die Schätzungen schwanken zwischen 1984 und 2100) und warum: Wegen Energieverknappung (bzw. wenn die Atomkraftwerke in grossen Serien gebaut werden, wegen Radioaktivität oder lokaler Ueberhitzung der Atmosphäre), wegen Rohstoffverknappung, wegen CO_2-Sättigung der Atmosphäre, wegen psychischer Schäden der Menschen infolge Entfremdung, wegen Vergiftungen usw. Gerade weil nicht so leicht vorauszusehen ist, wo der für das System kritische «Sachzwang» zuerst erreicht sein wird, setzt sich immer mehr die Ansicht durch, dass Einzelmassnahmen nicht ausreichen, um die Krise abzuwenden.

Unter denjenigen, die das Technologieproblem als Ansatzpunkt für ihre Zukunftsbetrachtungen gewählt haben, kann man vier verschiedene Richtungen unterscheiden:

1. Die sanfte Technologie

(*«soft technology»* oder *«biotechnics»*) will möglichst viele menschliche Tätigkeiten der Biosphäre anpassen. Die konsequente Berücksichtigung der biologischen Kreisläufe und das Prinzip der Selbstversorgung durch biologischen Landbau sind allerdings nur in ländlichen Gegenden einigermassen möglich. Die «sanfte Technologie» fordert den möglichst weitgehenden Verzicht auf «Technik». Diese Haltung tendiert in Richtung *«Neoprimitivismus»*; allerdings können besonders auf dem Gebiet des biologischen Landbaues moderne wissenschaftliche Erkenntnisse verwendet werden.

2. Kleintechnologie

Die Stichworte sind hier *Dezentralisation, Ueberschaubarkeit der Produktionsabläufe, Vermeidung oder Verkürzung der Transportwege.* Die Kleintechnologie geht zwar in die Richtung der sanften Technologie, will aber gute Werkzeuge, dauerhafte Materialien und kleine Maschinen mit guten Wirkungsgraden verwenden, auch wenn diese in einer zentralen Produktionsstätte angefertigt werden müssen. Sie will auf diese Weise von der modernen Technik das übernehmen, was der alternativen Zivilisation mehr nützt als schadet.

3. Mittlere Technologie

Arbeitsintensive Technologie, welche wenig Kapital braucht und *lokale Probleme* wenn möglich mit den *lokalen Ressourcen* löst. Wird besonders für *Entwicklungsländer* empfohlen, da die mittlere (intermediate) Technologie den Wirkungsgrad einer lokalen Wirtschaft erhöht, ohne dass diese vollständig von einem übermächtigen Wirtschaftsbereich abhängig wird.

4. Mega-Alternativ-Technologie

Anwendung raffinierter technischer (elektronischer) Apparate zur optimalen Ausnützung der Energie: «Integrated Environmental Design». Diese Technologie kann *kaum noch als Alternative* bezeichnet werden, denn sie beinhaltet etwa das, was tendenziell entsteht, wenn in der kapitalistischen Privatwirtschaft die Energie rarer und damit teurer wird. Es geht dabei nicht darum, die grossen Energiefresser abzuschalten oder gar überflüssig zu machen, sondern ihnen nur *genau so viel* Energie zu geben, wie sie «benötigen».

Wenn man nun Anhänger einer wirklichen alternativen Technologie ist (einer Technologie also, die ein alternatives Wirtschafts- und Gesellschaftssystem voraussetzt und deren kurz- und langfristige Auswirkungen auf die physische und soziale Umwelt sehr viel weniger zerstörerisch sind), so ist es immer noch möglich, auf sehr verschiedene Weisen die erwünschte alternative Gesellschafts- und Technologieform anzustreben. Nach *Peter Harper* kann man sechs verschiedene Verhaltensweisen unterscheiden, welche von «rechts» nach «links» geordnet etwa wie folgt lauten:

Vom Technokraten zum Revolutionär

1. Man schliesst sich den *Technokraten* an, welche ja wohl recht behalten werden. Führung durch den Willen der Mehrheit, deren Werte und Interessen. Wenn es zu einer Katastrophe kommen wird, so muss man eben mit über die Klinge springen. Die Stärksten und Besten werden alles überleben und eine neue Zivilisation gründen.

2. Akademische Forschung über *alternative Technologie:* raffinierte autonome Häuser (sog. *Oekohäuser)* und Hilfsapparate. Man überlegt sich, welche neuen Konsumgüter Verwendung finden könnten, und kümmert sich wenig darum, dass diese *weiterhin am grosstechnologischen Fliessband* hergestellt werden. Auch die Arbeitsbedingungen des chilenischen oder namibischen Kupferbergwerkarbeiters bereiten wenig Sorgen.

3. Man baut sich ein *eigenes alternatives Paradies, flippt aus* (freaking out) und geht seinen eigenen Interessen in kleinen Gruppen nach. Wenn man schon die Welt nicht mehr retten kann, so doch wenigstens seine eigene Haut. Diejenigen, die wollen, können es ja nachahmen, denkt man sich im stillen, um ein allfälliges soziales Gewissen zu beruhigen.

4. Man gründet eine alternative *Produktionsgenossenschaft,* um zu zeigen, ob und wie das funktionieren könnte (Modellfall). Diese Gemeinschaft dient als Basis und Experimentierfeld für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung.

5. Man geht aus von einem rational entwickelten *Plan* («blueprint»), der für alle Leute Geltung hat, und bildet eine *Avantgarde,* die mit den breiten Massen in einen Dialog tritt, wie z. B. die Rote Armee in China in den 40er Jahren mit den Bauern in einen Dialog getreten ist. Dadurch wird die Theorie in die Praxis umgesetzt.

Wenn man die Phase des Dialogs weglässt und einfach die ökologische Krise mit so grellen Farben an die Wand malt, dass man den Plan den Massen aufzwingen kann, so entsteht der *«Oeko-Faschismus».* (Alles ist erlaubt, wenn es nur dazu dient, die Krise abzuwenden). Diese Lösung wäre dann sozusagen eine Spielart der Technokratie und an den Anfang dieser Liste zu setzen.

6. Man geht davon aus, dass die Grosstechnologie nur so lange möglich ist, als Menschen andere Menschen ausbeuten, und *solidarisiert sich deshalb mit den Ausgebeuteten.* Der Aufstand der Ausgebeuteten wird den Kollaps der zentralistischen Strukturen mit sich bringen, welche Träger der Grosstechnologie sind.

Es würde schwerfallen, hier ein Patentrezept zu empfehlen. Denn die Diskussion um Alternativen unter Einbezug sowohl des *gesellschaftlichen* als auch des *technologischen* Aspekts ist noch zu jung, um ausgereifte Pläne geboren zu haben.

Mit der Technik allein ist's nicht getan

Dennoch lassen sich neben denjenigen, die glauben, dass vermehrte und verbesserte Technologie allein alle Probleme vorweg lösen wird (Fusionsenergie, Ersatzstoffe, technischer Umweltschutz wie Luftfilter usw.) zwei markante Positionen erkennen:

● Die einen glauben, dass die Probleme der umweltzerstörenden Grosstechnologie durch eine *alternative Technologie* (sanfte, mittlere Technologie) gelöst werden können. In diesen Kreisen spricht man lieber von Windrädern, Sonnenkollektoren und biologischem Landbau als von Politik. Man weist darauf hin, dass die Russen den Wettlauf zum Mond mitgemacht haben, dass sie die umweltschädigende Technologie des Kapitalismus kopiert haben und dass die Chinesen neben den Franzosen fast die einzigen waren, die sich für die Concorde interessiert haben.

● Die andere markante Position nehmen jene ein, die sagen, das ganze Geschwätz um Sonnenkollektoren, neue Wissenschaftsbegriffe usw. sei nur ein *Ablenkungsmanöver* (Titel eines PdA-Bildungsabends: *«Wissenschafts- und Technikfeindlichkeit – eine pseudorevolutionäre Modeströmung»*). Die ökologischen Krisen, ob radioaktive Verseuchung, Verkehrsschlamassel oder Schwermetallvergiftungen, seien Krisen des profitorienten Kapitalismus und sie würden beseitigt, indem man den Kapitalismus beseitige.

Die einen verhalten sich also gleichsam so, als ob die Revolution schon geschehen oder gar nicht nötig wäre, d.h. wie wenn die Macht automatisch von den zentralistischen multinationalen Konzernen an die dezentralisiert wirkenden Alternativtechnologen abgegeben würde. Die andern nehmen an, dass es eine Kleinigkeit sein wird, die Umweltprobleme zu lösen, wenn erst mal der Kapitalismus beseitigt ist.

Die beiden Positionen wurden hier absichtlich etwas karikiert, um anzudeuten, dass sie wohl beide ein bisschen einseitig sind. Für jede weitere Diskussion ist nämlich die Erkenntnis wichtig, dass zwischen der jeweils herrschenden *Gesellschaftsstruktur* und der zur Anwendung kommenden *Technologie* ein enger *Zusammenhang* besteht. Grosstechnologie (Atomkraftwerke, Massenanfertigung) benötigt grosse geballte Kapitalien, welche nur entweder von multinationalen Konzernen oder von zentralistischen Staaten geliefert werden können. Ein Beispiel: Atomkraftwerke können nicht in einer föderalistischen, dezentralisierten Gesellschaftsstruktur mit autonomen Gemeinden vorkommen, wenn der grösste Teil der Energieversorgung von ihnen abhängt. Die atomaren Installationen und Transporte müssen von einer Zentralgewalt durch ein ausgeklügeltes Sicherheitssystem geschützt werden vor Sabotage, Erpressungsmanövern usw. Der *«Elektrofaschismus»,* wie diese totale Abhängigkeit von einer energiespendenden Zentralgewalt auch schon genannt worden ist, ist die *logische Folge der Wahl einer bestimmten Technologie.*

Aber auch die alternative Kleintechnologie (sanfte Technologie) hat ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Konsequenzen: Es ist nicht denkbar, dass die Kapitalmengen, welche sich in den multinationalen Konzernen und Banken angesammelt haben, in dezentralisierten Kleinprojekten mit Kapitalbedarf bis 5000 Franken am profitabelsten zum Einsatz kommen. Deshalb hat die Kleintechnologie unter den heutigen wirtschaftspolitischen Bedingungen keine Chance. Bestenfalls werden *kleintechnologische Konsumgüter* (Velos, Sonnenkollektoren, Ackerbaugeräte usw.) in grosstechnologischen Produktionseinheiten (z.B. Fliessbandfabriken) hergestellt.

Gibt's eine «sanfte Gesellschaft»?

Eine Gesellschaft, in der die Kleintechnologie wirklich zum Tragen kommt, muss von einer *dezentralisierten Machtstruktur* geprägt sein, in der jeder über seinen Arbeitseinsatz *mitbestimmen* kann, denn sonst werden einige wenige die vielen anderen für Routinearbeit einsetzen, womit wieder Grosstechnologie notwendig würde . . .

Die Diskussion über die Frage, was nach der grosstechnologischen *«reifen Marktwirtschaft»* («NZZ») bzw. dem *«monopolistischen Spätkapitalismus»* als Alternative kommen soll, muss deshalb sowohl Fragen der Technologie als auch der gesellschaftspolitischen Strukturen umfassen. Eine «Alternative» besteht eben *nicht nur* aus Sonnenkollektoren, Velos und biologischen Gärten, sondern auch aus einer Machtstruktur. Entscheidend ist nun, ob die in jeder Gesellschaft vorhandene Macht bei wenigen *Verwaltungsräten, «Experten»* und *Regierungsbeamten* oder bei der *Mehrheit des Volks* liegt, d.h., ob sie geballt oder dispers auftritt. In einer «alternativen» oder «sanften» Gesellschaft, in der Machtkonzentrationen möglichst vermieden werden, ist auch die Summe der Macht kleiner, da die Mittel der totalen Machtausübung gar nicht vorhanden sind.

Christian Thomas

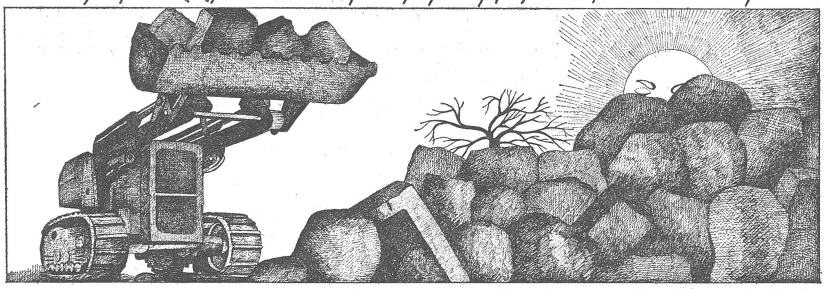
Literatur

Peter Harper: drei Artikel in der Zeitschrift «Undercurrents» Nr. 5, 6 und 7.

Ivan Illich: «Die sogenannte Energiekrise oder die Lähmung der Gesellschaft», rororo aktuell Nr. 1763.

E. F. Schumacher: «Es geht auch anders», Verlag Kurt Desch, 1974.

ES WAR EINMAL EIN BAUMKIND, DAS KANNTE DIE SONNE NICHT. DAS KIND VERKÜMMERTE. DIE HOHEN HÄUSER RINGSUM LIESSEN KEINEN SONNENSCHEIN DURCHBLICKEN.



DIE HOHEN HÄUSER WURDEN ABGERISSEN + ZUM ERSTENMAL SCHIEN DIE SONNE AUF DAS KIND.

UND DAS KIND BLÜHTE AUF, LACHTE, WAR FRÖHLICH, GESUND UND TRUG FRÜCHTE.

++ redaktionelles ++ redak

Sie wissen schon: Wir möchten unsern Lesern Alternativinformationen anbieten, d. h. fundiert über Dinge berichten, die nicht überall zu lesen stehen. Wir möchten Sie darüber hinaus mit Standpunkten konfrontieren, die vielleicht auch nicht gerade die landläufigsten sind – kurz: Denkanstoss erregen. Damit erregen wir aber auch bei denjenigen Anstoss, denen es offenbar ein Dorn im Auge ist, dass Zeitungsleser denken. Worauf wir damit hinaus wollen: Wir möchten es dabei nicht mit einem frommen Bekenntnis bewenden lassen.

Es gibt allerlei Nachrichten, die man hierzulande gerne an die grosse Glocke hängt: was tatkräftige Public-Relations-Leute emsig erarbeitet haben, Selbstdarstellungen von Firmen oder Behörden, deren Erfolge aus ihrer eigenen Sicht. Daneben aber gibt's eine ganze Reihe von Details – oder wären es am Ende doch mehr als Details? –, die man lieber verschweigt: dubiose Geschäftspraktiken, faule politische Tricks oder allgemeine Probleme, d. h. wirklich solche, die nicht ins Bild einer «schönen, heilen Welt» passen. An diesen «Details» ist «konzept» besonders interessiert. Und bei der Suche nach solcherlei Information können Sie uns behilflich sein.

Erfahren Sie in Ihrer Umgebung etwas Aehnliches, was Sie empört und was Sie wichtig genug finden, dass man eine grössere Leserzahl darüber informiert, dann gelangen Sie an uns. Schikken Sie uns die einschlägigen Unterlagen und Dokumente, geben Sie uns wenn möglich eine Kontaktadresse und -telephonnummer an. Wir wahren selbstverständlich strengste Diskretion und geben Dritten keine Namen bekannt.

Eine kritische Alternativzeitung ist so gut wie ihre Leser. Wir sind überzeugt, dass das Umgekehrte auch wahr ist. Vorausgesetzt, wir machen eine gute Zeitung . . . Der Beweis liegt bei Ihnen. Machen Sie mit!

Redaktion «konzept»

Dem schweizerischen Friedensforschungsinstitut droht die Schublade

Die Angst vor dem (Un-)Frieden

Die achtjährigen Geburtswehen des Projekts für ein schweizerisches Friedensforschungsinstitut scheinen nicht zu genügen: Wie vom Amt für Wissenschaft und Forschung (Departement des Innern) zu vernehmen ist, muss das dem Bundesrat beantragte Projekt nochmals in die Vernehmlassung. Der Stab für Gesamtverteidigung und der Wissenschaftsrat wollen ein zweites Mal ihr Wort mitzureden haben. Das Hinauszögern wird allerdings auch noch so begründet: «Die finanziellen Schwierigkeiten im Bundeshaushalt und die damit verbundenen Sparmassnahmen lassen es im heutigen Zeitpunkt höchst fraglich erscheinen, ob dieses Institut seine Tätigkeit in naher Zukunft aufnehmen wird.» Ob dieses Argument angesichts des voranschlagten Jahresbudgets zwischen lediglich einer halben und einer ganzen Million Franken glaubwürdig ist? Ob dem Projekt aufgrund der immer noch weitverbreiteten Angst vor kritischen Sozialwissenschaften nicht viel eher aus inhaltlichen Gründen durch die neue Vernehmlassung ein Riegel geschoben werden soll?

Das Bedürfnis nach einem Friedensforschungsinstitut in der Schweiz geht auf ein Postulat von Alt-Nationalrat *Max Arnold* und 26 Mitunterzeichnern im Oktober 1966 zurück. Darin wurde ein *«Schweizerisches Institut für Konfliktforschung, Friedenssicherung* und *Rüstungsbeschränkung»* angeregt. Der damalige Vorsteher des Politischen Departements, Spühler, attestierte dem Postulat «grosse Aktualität». Doch wie haben die zuständigen Gremien in der Schweiz diesem Bedürfnis Geltung verschafft?

Friedensforschung oder Ratgeber für die Armee

Vorerst wurde der *Wissenschaftsrat* um seine Meinung gebeten, der die Ausarbeitung einer Projektstudie empfahl. Doch wie ist es zu erklären, dass allein für diese Empfehlung fast vier Jahre vergehen mussten? Erst im April 1970 wurde *Alt-Botschafter Roy Ganz* mit der Projektstudie beauftragt. Allerdings hiess das Institut jetzt nur noch *«Schweizerisches Institut zur Erforschung der internationalen Beziehungen und Konflikte»* ...

Die Beschränkung auf die Erforschung der schweizerischen Aussenpolitik, die Eingrenzung auf *«spezifisch schweizerische Fragestellungen, wie Problemkreise des neutralen Kleinstaats»* und allgemeine Fragen des Völkerrechts und der internationalen Organisationen hatte aber kaum mehr etwas mit Friedensforschung gemein, insbesondere in Anbetracht der Fortschritte und Entwicklungen der Friedensforschung etwa in den letzten sechs Jahren. Das Projekt gelangte nun zur Vernehmlassung wiederum an den Wissenschaftsrat und an den *Stab für Gesamtverteidigung*. Die Studie selbst wurde nie veröffentlicht. Sie wurde erst Anfang 1972 auszugsweise bekannt. Der Stab – es zeichnete der berühmtberüchtigte *Oberst Wanner* – wollte dem Projekt weitere Fesseln anlegen und das Institut zu einem *Ratgeber für Armee und Politisches Departement in aussenpolitischen Fragen* degradieren.[1]

Doch beginnt die Projektierung quasi wieder von vorn: Im September 1972 (es sind ja erst 6 Jahre her) wird vom Bundesrat eine neue, 15köpfige Kommission eingesetzt. Darin sind Wissenschafter, Politiker, ein Redaktor und die Bundesdepartemente vertreten. Diese Kommission liefert im Juli 1973 ihren Bericht zur Schaffung eines *«Schweizerischen Instituts für Konfliktforschung und Friedenssicherung»* ab, der zu neuen Hoffnungen auf sinnvolle Forschung Anlass geben könnte: Wichtige Einschränkungen für den Auftrag an das Institut sind wieder aufgehoben; Friede wird nicht mehr nur als Sache von Armee, Staatsmännern und internationalen Organisationen betrachtet; die innenpolitischen und wirtschaftlichen Strukturen eines Landes oder eines Gebiets dürfen wieder als ebenso wichtig einbezogen werden ...

Als Standort vermutet man Bern, als Institutsdirektor *Prof. C. Gasteyger*. Doch die Hoffnung schmilzt angesichts

Vom EMD der Presse vorgestellt: Angehöriger des Friedensforschungskorps im Kampfanzug

der anfangs beschriebenen Perspektiven wie Märzenschnee wieder in sich zusammen. Der einzige Trost: *Allein* von einem Friedensforschungsinstitut ist ja auch kein Friede zu erwarten.

Kritische Wissenschaft

Nun ist tatsächlich die Friedensforschung ein Zweig der *Sozialwissenschaften* oder besser ein *Ansatz gesellschaftlicher Forschung*, der – bis ahin vor allem in den USA, dann in Deutschland, Holland und den skandinavischen Ländern – sehr konkrete, aktuelle Probleme zu seinem Gegenstand macht, immer mit der Frage nach den Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung und den *Ursachen des Unfriedens*. Dass eine solche Fragestellung mit herrschenden Interessen und altüberlieferten gesellschaftlichen Vorstellungen in Konflikt gerät, ist nicht nur selbstverständlich, sondern macht die Friedensforschung auch zu einem der wenigen Forschungsansätze, die konkrete und verwendbare Ergebnisse liefern können. Dies hat sich im besonderen in der *Rüstungsforschung* und in der Problematik der *Entwicklungsländer* gezeigt.

Die Friedensforschung ist von der Totalität ihres Gegenstandes und vom geringen Grad der wissenschaftsinternen Arbeitsteilung her eine *interdisziplinäre*, nach Galtung, dem Direktor des Peace-Research-Institutes in Oslo, noch deutlicher eine *«transdisziplinäre Wisssenschaft»*.[2] Aufgrund ihres emanzipatorischen, d. h. nicht selbstzweckhaften Anspruchs muss sie sich immer von neuem als «grenzüberschreitende Wissenschaft» bestätigen. Damit sind vorerst die Grenzen der herkömmlichen Disziplinen gemeint: Friedensforschung leitet ihre Erkenntnisse viel direkter als die selektiv arbeitenden einzelnen Disziplinen von der *«unausweichlichen Auseinandersetzung mit politischen, ökonomischen, militärischen und sozialpsychologischen Makroproblemen»*[3] ab und versucht Analysen zu leisten, *«welche die herrschaftssoziologischen und interessepolitischen Leerstellen überkommener Forschung durchschaut und kritisiert haben.»*

Wer hat Angst vor dem Frieden?

Je grösser nun ihr kritischer Gehalt, desto deutlicher bekommt die Wissenschaft die Taktik der *Grenzzieher* zu spüren. Die *zeitliche Verschleppung* des Friedensforschungsprojekts ist äusserlich wohl das auffallendste Merkmal des Widerstandes gegenüber dieser «heissen» Wissenschaft. Das komplizierte Verfahren, das angewandt wurde, zudem ohne damit an die wissenschaftliche Oeffentlichkeit zu gelangen, erscheint als bewusste Taktik der Verbürokratisierung, als bürgerliche Vorbeugemedizin. Aus der Art und der Anzahl der Verfahrensschritte muss jedoch anderseits auch grösste *inhaltliche und verfahrensmässige Ratlosigkeit* gelesen werden, die allerdings nicht allzu verwunderlich ist, da 1966 die für die Friedensforschung bedeutsamsten Diskussionen (z. B. die von Galtung ausgehende Gewalt-Diskussion) erst im Anfangsstadium steckten. Trotzdem muss die Mutlosigkeit und die Passivität verurteilt oder anderseits der naive Glaube entlarvt werden, Forschung auf Jahre hinaus – zudem speziell für ein einzelnes Land – inhaltlich und methodisch festlegen zu können.

«Sonderfall Schweiz»

Ein weiterer Aspekt dieser Eingrenzungsversuche: der *Sonderfall Schweiz*. Es wirft ein schiefes Licht auf die immer wieder selbstrechtfertigend hochgehaltene internationale Bedeutung der schweizerischen Vorbild- und Mittlerfunktion, wenn gleichzeitig in allen Vorschlägen für den Institutsauftrag (ausser dem der letzten Kommission) die Distanzierung von *ausländischen Vorbildern* eine derart zentrale Stellung einnimmt. Als wichtigstes Ueberbleibsel einer heute völlig antiquiert anmutenden Wissenschaft taucht immer wieder der Versuch auf, den Frieden und die Strukturen, die ihn verhindern, auf die inter-nationale Ebene zu fixieren.

Grundlegenden Erkenntnissen will man sich immer wieder verschliessen: der Einsicht z. B., dass Abwesenheit von direkter Gewalt (Krieg) noch nicht Friede bedeutet; den untrennbaren Zusammenhängen zwischen innenpolitischen Verhältnissen, Entscheidungsstrukturen bzw. Machtverhältnissen einerseits und den aussenpolitischen Aktionen der staatlichen Gebilde anderseits; der Relativierung des Staats als eines Akteurs überhaupt; schliesslich Rückführung der Funktionen politischer Systeme auf umfassendere Notwendigkeiten wie z. B. die Behauptung ökonomischer Abhängigkeiten u. a. m. Die Abänderungen der Namen des Instituts sind nur eines der Anzeichen dafür: Rüstungsbeschränkung z. B. ist endgültig als eigenständiger Forschungsaspekt weggefallen.

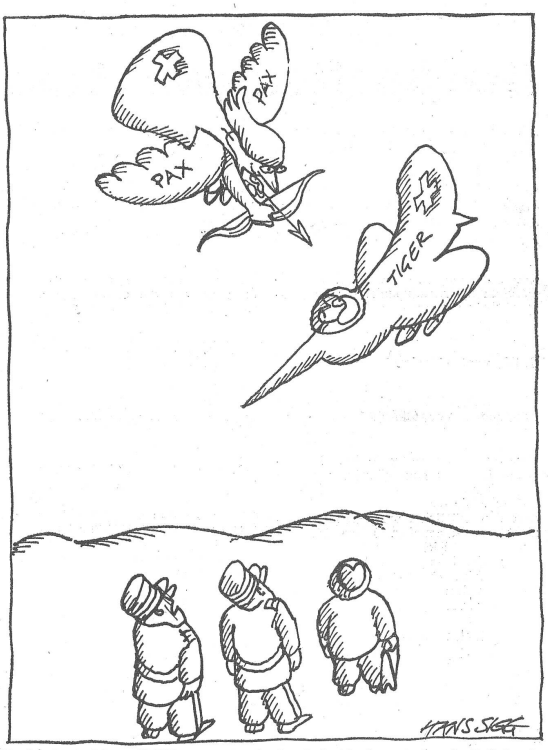
Politisierte Forschung – Forschung als Politikum

Der Fall des Instituts illustriert weiterhin das ungelöste Verhältnis der Wissenschaft zu den politischen Institutionen: formal-politische Inkompetenz der Wissenschaftler und inhaltliche Inkompetenz der sich in der Wissenschaftspolitik als kompetent erachtenden Politiker. Die politischen Institutionen und die eingesetzten vorpolitischen Instanzen haben demonstriert, dass sie unfähig sind, ein gesellschaftliches Bedürfnis nach wegweisender Forschung auf fruchtbare Weise durchzusetzen.

Ob einmal eine Reorganisation der drei immer wieder durch ihre Differenzen sich gegenseitig lähmenden Instanzen (Wissenschaftsrat, Nationalfonds und Amt für Wissenschaft und Forschung) die Kompetenzen sinnvoller verteilen wird? Ob die Grenzzieher jetzt politisch siegen, oder ob sie viel effektiver erst langfristig die kritische Friedensforschung eingrenzen werden? Ob die jetzige Konzeption, wenn einmal die «nahe Zukunft» vorbei ist, schon wieder überholt sein wird und man noch mehr Kommissionen einsetzen wird? Ob durch die Teuerung die Kosten steigen und die finanziellen Argumente dann doch stichhaltig werden?

Die Kürzung der Forschungsgelder, die neulich der Ständerat guthiess, hat mindestens *einen* Grund der Schwäche der Wissenschaften blossgelegt: Von ihnen ist kein organisierter Widerstand zu erwarten, und die Folgen sind tatsächlich kurzfristig minim. Dass wissenschaftliche Forschung inhaltlich derart undifferenziert dotiert bzw. eingeengt wird, lässt jedenfalls tiefsinnigen Weitblick vermuten ...

Willy Nabholz



Evaluation: «Dieser 'PAX' mag zwar in der Luft überlegen sein, als Erdkämpfer für uns jedoch völlig untauglich.»

1 «zürcher student», Nr. 49/8, Februar 72, und «Tages-Anzeiger» vom 10. 4. 72

2 Johan Galtung, «Eine Herausforderung, die uns alle betrifft», National-Zeitung vom 31. 12. 1971

3 D. Senghaas (Hrsg.), «Kritische Friedensforschung», Frankfurt am Main, 1971 (edition suhrkamp 478), S. 10

4 ebda., S. 12

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Nein, liebe Frau *M. I.* in *R.*, es kann Bundesrat Furgler wirklich nicht zugemutet werden, die Vorlage für die *Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs* vor dem Parlament zu vertreten. Denn nach Herrn Furglers tiefster ethischer Ueberzeugung stellt das Leben unser allerhöchstes Gut dar und ist unter allen Umständen schützenswert, vorausgesetzt, es handle sich um ungeborene Schweizer Kinder und nicht etwa um chilenische Flüchtlinge.

*

Sie stellen die Hypothese auf, Herr *T. B.* in *Z.*, dass Bundesrat Furgler seinen Widerstand gegen die Abtreibung spätestens dann aufgeben werde, wenn er realisiert habe, dass die Mehrzahl der heute unerwünscht zur Welt gebrachten Kinder – bedingt durch die ungünstigen bis misslichen Umstände, unter denen sie aufwachsen – als Erwachsene politisch nach links getrieben würde. Sie spielen hier auf den bewährten schweizerischen Grundsatz *«lieber Tote als Rote»* an. Doch dürfen Sie dabei nicht übersehen, dass sich Christus – als politische Leitfigur der CVP – stets ganz besonders um die Sünder und Gestrauchelten gekümmert hat. Demnach haben selbst nach katholischer Auffassung auch Linke durchaus die Chance, reuevoll ins Himmelreich einzugehen, und dürfen deshalb nicht als «unwertes Leben» eingestuft werden.

*

Frau *S. K.* in *B.* Auch ihre Frage betrifft denselben Problemkomplex. Selbstverständlich bin auch ich ein Befürworter einer umfassenden Geburtenregelung, nach dem Motto *«Vorbeugen ist besser als heulen»*. (Der Begriff der *Familienplanung* ist mir allerdings unsympathisch; das erinnert mich allzu stark an gewisse sogenannte sozialistische Länder, wo sich bekanntlich der Staat auch noch regulierend in die Schlafzimmer schleicht.) Hingegen halte ich in unserer aufgeklärten Gesellschaft ihren Vorschlag für völlig untauglich, wonach die *Beschränkung auf höchstens drei Kinder pro Familie* mit dem Argument propagiert werden solle, dass auf der Welt jedes vierte Baby ein Chinese sei.

«offensiv» Nr. 12 ist erschienen!

offensiv

DIE ZEITUNG DER SOLDATEN
Erscheint viermal jährlich

Inhalt

SOLDATEN SCHREIBEN FUER «offensiv»
ARMEE UND VOLK
- zum 100. Geburtstag von Henri Guisan
- Kampf dem Truppenübungsplatz Bernhardzell
- Diskussion zur Ausbildungsfrage
- Manöverdispositive

LANDESVERTEIDIGUNG
- Zur Frage der Unabhängigkeit

IMPERIALISMUS
- Der palästinische Widerstand
- Zypern – Schauplatz eines imperialistischen Kampfes

AGITATION
- Uebersicht über die Ereignisse der Sommer RS 74

VON VETERANEN LERNEN

Und vieles mehr; mit Illustrationen und Karikaturen.

Bestelltalon (einsenden an «offensiv», Postfach, 8042 Zürich)
... Einzelnummer(n) à Fr. 2.– von Nr. ... (Nr. 1 und 2 vergriffen)
... Abonnement à Fr. 8.– ab Nr. ...
... Unterstützungsabonnement à Fr. 20.– ab Nr. ...
Name: ...
Strasse: ...
PLZ, Wohnort: ...
Datum: ...

Stellungnahmen zur Verschleppung des Projekts «schweizerisches Friedensforschungsinstitut»

- Amt für Wissenschaft und Forschung (Eidgenössisches Departement des Innern) auf Anfrage im Mai 1974: *«Die finanziellen Schwierigkeiten im Bundeshaushalt und die damit verbundenen Sparmassnahmen lassen es im heutigen Zeitpunkt höchst fraglich erscheinen, ob dieses Institut seine Tätigkeit in naher Zukunft aufnehmen wird.»*
- Dieselbe Stelle, gezeichnet durch Prof. Dr. U. Hochstrasser, Direktor, auf nochmalige Bitte um Präzisierung:

«Von einer Verschiebung der Angelegenheit ... kann überhaupt nicht die Rede sein. In Anbetracht der Finanzknappheit im Bundeshaushalt ist eine allgemeine Tendenz zur Verlangsamung aller nichtprioritären Geschäfte festzustellen ...»

«Leider können wir Ihnen keine umfassendere Antwort auf Ihre Fragen geben. Das Spiel der Kräfte, welches zu einer Beschleunigung oder einer Verlangsamung einer politischen Vorlage führt, wenn überhaupt, wohl erst nach deren abschliessender Behandlung durchleuchtet werden ...»

- Prof. Dr. C. Gasteyger, mutmasslicher Direktor des zu gründenden Instituts:

«Davon, dass ich Direktor eines solchen Instituts werden könnte, ist mir nichts bekannt.»

«... ich habe ... die offenbar recht mühsamen Fortschritte des Institut-Projekts nur von ferne verfolgt.»

«Ich teile Ihre Ansicht, dass die Angelegenheit über Gebühr – vielleicht aus teilweise verständlichen Gründen (Wechsel in der Leitung des Departements), teils aus weniger erklärbaren Gründen – verzögert wurde. Finanzielle Ueberlegungen spielen bestimmt eine Rolle, auch wenn sie uns bei der in Frage stehenden Grössenordnung wenig überzeugend scheinen mögen. So bedaure ich die Verzögerung lebhaft, um so mehr, als ihr Ende vorläufig nicht abzusehen ist.»

Zürichs grösste Auswahl

Gratisanpassung
Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz

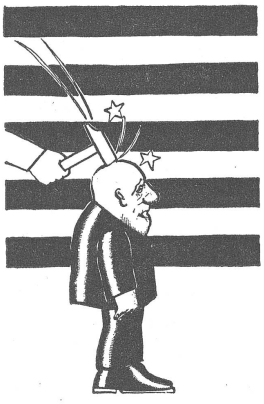
Wie die USA Regierungen stürzen (2. Teil von «Die Schergen des Uncle Sam»)

«Wir tun alles, was uns gefällt!»

Nachdem «konzept» in der letzten Nummer das Spektrum der Machenschaften der CIA von Bestechung bis zum offenen Krieg aufgezeigt hat, versucht der zweite Bericht, die Feinheiten der Aktivitäten in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wirtschaft und Regierung am Beispiel von Griechenland, Chile und Portugal darzustellen. Der Ausspruch des CIA-Chefs in Griechenland vor dem Putsch ist mahnendstes Exempel für die Zielsetzung der Organisation: «Wir werden tun, was uns gefällt, und nichts kann uns daran hindern.» Dass dies heute in Griechenland wie in Portugal – abgesehen von anderen Ländern – der Fall ist, hat man nur zu guten Grund zu glauben.

Ruedi Küng

Ein Glück, dass es noch ein Land gibt, das ...



... jederzeit bereit ist, für ...

... Frieden und Freiheit zu kämpfen!

Dass die Unterkommission für ausländische Angelegenheiten des amerikanischen Senats die Anordnung einer Untersuchung empfiehlt, welche die Rolle der CIA beim Sturz der Regierung Allende in Chile klarstellen soll, ist eine lobenswerte Initiative. Mehr noch wäre sie es, wenn sie stattgefunden hätte, noch während sich die CIA ihren tiefen Bedürfnissen hingegeben hatte, und nicht erst nachher. Wenn diese Untersuchung sich auch dafür interessieren würde, was die CIA im jetzigen Zeitpunkt in Portugal anzettelt, würde sie entdecken, dass es eine Operation genau im Stil derjenigen in Chile ist. Und hätte eine Untersuchung unmittelbar nach dem Putsch der Generäle in Griechenland 1967 stattgefunden, welche auch die Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Landes zur gleichen Zeit und auf die gleiche Weise im Auge gehabt hätte, so wäre die chilenische Tragödie zu vermeiden gewesen. Von der kambodschanischen ganz zu schweigen!

Der meineidige CIA-Chef

Die CIA hatte immer vehement geleugnet, in irgendeiner Form beim Staatsstreich in Chile oder Griechenland beteiligt gewesen zu sein. Aber Präsident Ford hat einen Schritt zurück machen müssen. An einer Pressekonferenz im September hat er die Aktivitäten der CIA in Chile mit den Gründen für autorisiert erklärt, «*die Regierung Allende habe versucht, die Presse und die politischen Oppositionsparteien zu zerstören*». Er fügte hinzu: «*Unsere Regierung stützt sich wie andere Regierungen auf Aktionen im Bereich der Information, um die Aufmerksamkeit auf die Politik des Auslands zu erleichtern und die nationale Sicherheit zu gewährleisten.*» Von diesem Moment an scheint es, dass *Richard Helms*, der gegenwärtige CIA-Chef, dafür belangt werden könnte, dass er vor dem Kongress jede Beteiligung der CIA beim Sturz Allendes unter Eid leugnete.

Was die Art und Weise der von der amerikanischen Regierung beschlossenen «Aktionen» betrifft, haben griechische Politiker interessante Aeusserungen gemacht. *Andreas Papandreou*, welcher nach sechs Jahren Exil wieder in seine Heimat zurückgekehrt ist, hat seine ersten Begegnungen mit der CIA dargelegt, welche er übrigens auch in einem Buch festgehalten hat.

Bildung einer Front der Rechten ...

1961, zur Zeit, als in Griechenland Wahlen abgehalten werden sollten, waren die USA beunruhigt darüber, dass die Front der Linken, die *EDA*, vom Volk unterstützt wurde. Der Vater von Andreas, *Georgios Papandreou*, welcher Premierminister war, widerstand den Pressionen des Königs und der amerikanischen Botschaft, welche ihn zur Annahme eines Wahlsystems von «Bruderparteien» zwingen wollten, das heisst zur Bildung einer Rechtsfront gegen die EDA.

Zu diesem Zweck war *Laughlin Campbell*, der Chef der CIA, in Griechenland zu Andreas Papandreou gekommen, um von ihm eine Einflussnahme auf seinen Vater zu erreichen. Auf die abschlägige Antwort zeigte Cambell plötzlich das wahre Gesicht der CIA: «*Sagen Sie ihrem Vater, dass wir in Griechenland noch immer alles erreichen, was wir wollen. Wir tun das, was uns gefällt, und nichts kann uns daran hindern.*»

Im April 1974 hat der Chef der CIA, *William Colby*, ein wenig den Schleier über den Aktivitäten der Organisation in Chile gelüftet, als er zugab, dass das streng geheime «Komitee der vierzig», welches von *Henry Kissinger* geleitet wird, 350 000 Dollar ausgegeben hat, um eine genügend grosse Zahl chilenischer Parlamentarier zu kaufen, welche die Ratifikation des Wahlergebnisses von 1970 verhindern sollten, jenes Wahlergebnisses, das Salvador Allende an die Macht gebracht hatte. (Diese Summe scheint winzig, wenn man sie mit den Millionen von Dollars vergleicht, welche die CIA 1954 an ein laotisches Genfer-Konferenz-Mitglied zahlte, damit es sich weigere, die Uebereinkunft zu unterschreiben. Was dieses dann auch tat. Aber ein anderes Mitglied der laotischen Delegation, *Ku Vuravong*, wies die Bestechung zurück und unterschrieb die Konvention im Namen seiner Regierung. Er wurde vom anderen Mitglied ermordet, nachdem er die Angelegenheit der laotischen Nationalversammlung zur Kenntnis gebracht hatte.)

... mit Hilfe von Dollars

Was die Fähigkeit der CIA, Parlamentarier und Minister zu kaufen, bewirkt, hat ein Abgeordneter der Zentrumsunion von G. Papandreou, *F. G. Panagiotopoulos*, gezeigt!

1965 hatte G. Papandreou, der noch immer Premierminister war, den Versuchen von *L. B. Johnson*, persönlichen Druck auszuüben, widerstanden, welche darauf hinausliefen, die Zypernfrage mit einer Teilung zu lösen und auf Zypern eine Basis der Nato zu errichten.

Nach diesem Gespräch begann die CIA zu versuchen, sich G. Papandreous zu entledigen. Die CIA begann, junge Offiziere zusammenzuführen, welche ein Komplott eingehen könnten. Darunter waren auch *Papadopoulos* und *Ioannidis*. Gleichzeitig versuchte die Agentur, über den griechischen Multimillionär *Tom Papas*[1] zentristische Abgeordnete zu kaufen. Von 300 Delegierten waren damals 170 Mitglieder der Zentrumsunion, die stärkste je im griechischen Parlament erreichte Mehrheit nach dem Krieg. Papadopoulos, der von der Verschwörung Kenntnis hatte, versuchte, den Posten des Verteidigungsministers zusätzlich zu erhalten. Da diese Entscheidung eigentlich im Kompetenzbereich des Premierministers gelegen hätte und es der König war, welcher, auch in Kenntnis des Komplotts, die Entscheidung verhinderte, reichte Papadopoulos seine Demission ein. Darauf wurde *Georgios Novas* Premierminister, welcher in seinem Kabinett allerdings nur zwei Minister des alten behalten konnte.

Das war eine Situation, in der die CIA neue Anstrengungen unternehmen musste. Sie gab zwischen 250 000 und 400 000 Dollar aus, um ehemalige Zentrumsunion-Minister zu bewegen, an der neuen Regierung teilzunehmen. Ein Teil der Summe wurde gegen das Versprechen teilzunehmen ausbezahlt, der Rest nach der Bildung der Regierung. Von den 40 so gekauften neuen Ministern stimmten allerdings einige, angewidert durch die Machenschaften der Agentur, zusammen mit den Anhängern von Papandreou. Novas fehlten drei Stimmen für die Mehrheit.

Erst nachdem die CIA erneut einige Millionen Dollar hatte den Besitzer wechseln lassen, war die politische Richtung der Regierung nach rechts gebracht, was den Putsch der extremen Rechten vorbereitete.

Was F. Panagiotopoulos schildert, gleicht aufs Haar dem, was man in Vientiane und Phnom Penh beobachtete, wo die CIA ebensoleicht Minister und Delegierte über den dortigen «Tom Papas» kaufte.

In jedem Fall direkte Beteiligung

Aber die CIA war auch am Putsch selbst beteiligt. Georgios Papadopoulos, Mitglied der «Fünferjunta», war Verbindungsoffizier zwischen der CIA und dem KYP, dem griechischen Geheimdienst. Nicholas Makarezos leitete die Nachrichtenabteilung des KYP in der Nacht des Putsches. Michael Rufogalis, bei welchem die Gruppe am 20. April 1967 zusammenkam, war Direktor des Personaldienstes des KYP. Darüber hinaus war der KYP ein finanzielles und administratives Anhängsel der CIA. Die anderen Generäle, Pattakos und Hadjipetros, waren zwar nicht Mitglieder des KYP, aber Hadjipetros kommandierte die Nato-Basis auf Kreta, ein Posten, welcher nur durch Männer besetzt wird, welche sehr eng mit der militärischen Mission der USA und der CIA verbunden sind.

Im heutigen Griechenland versucht die CIA, sich in Vergessenheit geraten zu lassen, was angesichts der antiamerikanischen Woge über Griechenland nur verständlich ist. Täglich zeigt die Presse Bilder von zerstörten amerikanischen Wagen, die Zahl der amerikanischen Touristen ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft.

Man nimmt an, dass die CIA ihr Personal in Griechenland um die Hälfte reduziert habe. Trotzdem bleiben sie und ihre Schwesterorganisation KYP weiterhin aktiv, vor allem durch Versuche, Unruhe zu stiften, welche einem neuen starken Regime die Legitimation bieten würde. So werden neuste Provokationen einer Sektion B des KYP zugeschrieben, derselben Sektion, welche für den Staatsstreich auf Zypern verantwortlich gemacht wird.

A. Papandreou hat im Zusammenhang mit dem Verbleib von CIA-Agenten in Griechenland geäussert, dass es in Griechenland «keine normale Aktivität geben könne, solange die Verantwortlichen für das Folterregime und die Tragödie auf Zypern nicht verhaftet und verurteilt worden sind».

CIA und Wirtschaft: Gemeinsame Sache

Aber es gibt nicht nur einen «Vierzigerausschuss» für Chile und Griechenland, sondern auch für Portugal. Es ist auch bekannt, dass die CIA unmittelbar nach dem Staatsstreich vom 25. April 1974 in Portugal ihr Hauptquartier auf einem Schiff im Hafen von Lissabon eingerichtet hat. Wenn auch das Gerücht nicht bewiesen werden kann, wonach die Mannschaft gewisse Elemente enthält, welche in Chile unmittelbar vor dem Putsch operiert haben, kann man immerhin bestätigen, dass die amerikanischen Institutionen und Unternehmungen eine wichtige Rolle bei den zwei wirtschaftlichen Sabotagen spielten, welche bisher die portugiesische Regierung in Schwierigkeiten gebracht haben.

Nachdem sich die ITT vor dem Putsch geweigert hatte, einen Vertrag zu unterzeichnen, der eine Erhöhung des monatlichen Minimallohnes von 2800 auf 4000 Escudos[2] bedeutet hätte, bietet sie jetzt, nach dem Putsch, 10 000 Esc. Dieser Trick ist Teil eines zusammen mit anderen, auch portugiesischen Monopolen angelegten Versuches, eine breite Front von Lohnkämpfen zu erreichen, welchen die kleineren und mittleren Betriebe nicht entsprechen könnten, was Hunderttausende von Arbeitslosen mehr bedeutet.

Eine zweite Welle von Sabotage ging über Portugal, als die Regierung einen Minimallohn von 3300 Escudos anordnete. Unter dem Vorwand, dass ein solcher Lohn die Unternehmung nicht mehr profitabel führen liesse, schlossen amerikanische Firmen und entliessen ihre Arbeiter. Der Fall der Applied Magnetics ist dafür klassisch. Am Zahltag erklärte die Firmenleitung, dass für die Auszahlung der Löhne kein Geld mehr vorhanden sei. Der Finanzminister habe einen Kredit von 5 Mio. Escudos zur Auszahlung der Arbeiter verweigert. Auf die ministerielle Anordnung hin, C. Frazer, der Chef, habe die Auszahlung unverzüglich vorzunehmen, stieg dieser in ein Flugzeug und reiste nach London, von wo er mit einem Telegramm mitteilte, die Fabrik sei als geschlossen zu betrachten. Zwar wurden vom Erlös der Maschinen und Einrichtungen Löhne ausbezahlt, aber zwei Wochen später meldete die Signetics Limited die Entlassung von 1000 Arbeitern. General Data Electronics meldete ihren Konkurs an. Mit gutem Grund nimmt die portugiesische Regierung an, dass dieser Entschluss nicht ökonomisch zu begründen ist, mehr noch aber, dass die CIA diesen Machenschaften nicht fernsteht.

Vielen kleineren und mittleren Unternehmungen werden plötzlich die sonst gewährten Kredite verweigert, und zwar von denjenigen Instituten, die stark von amerikanischem Kapital abhängig sind.

Seit Mitte August ist es klar, dass die lokalen Monopole und die multinationalen Konzerne eine Kampagne lanciert haben, welche ein ökonomisches Chaos bewirken soll. Jede von der Regierung beschlossene Verbesserung der Situation der Arbeiter ist begleitet von Protesten, die bisweilen von höchster Regierungsstelle Amerikas kommen.

Der Beschluss der portugiesischen Regierung, die rechtsextreme Nationalistische Partei zu verbieten, fällt bestimmt unter jene Aktivitäten, welche nach Präsident Ford es erlauben, dass die CIA eingreift. Aber jener Eingriff hat schon unmittelbar nach dem Machtwechsel vom 25. April begonnen.

Wilfried Burchett

CIA und Coca-Cola

Der amerikanische Geheimdienst CIA ist eine Henkerorganisation, mehr noch: er ist die geheime Armee der USA, welche Kriege führt, während die Präsidenten den «Frieden festigen». Diese Armee ist allerdings nicht nur Heer, Luftwaffe und Flotte. Sie ist darüber hinaus eine Firma im kommerziellen Sinn, mit Beteiligung an und in vielen anderen Firmen. Sie ist vielerorts nicht nur Hintermann von Regierungen, sondern Regierung selbst. Angesichts dieser scheinbar grenzenlosen Machtfülle stellt sich für jeden echten Demokraten die Frage, wie sich diese Macht legitimiert. Die Antwort darauf kann im Zeichen der Entspannung und mehr noch angesichts der Tatsache, dass die Hauptteinsatzgebiete in der dritten Welt liegen, nicht mit der eigenen Begründung der CIA gegeben werden – «die freie Welt zu verteidigen». (Die CIA ist mit ein Grund, dass die gemeinte Welt nicht frei ist!) Vielmehr gilt es zu sehen, wie diese Organisation mit der amerikanischen Wirtschaft und durch sie mit der amerikanischen Regierung und auf deren Geheiss der grössten imperialistischen Macht ihre Herrschaft und somit der grössten Wirtschaftsmacht ihren Reichtum erhält oder sogar ausweitet. Für die Wirtschaft heisst das: Sicherung der billigen Rohstoffquellen, Sicherung der Absatzmärkte fertiger Industrieprodukte vom schon legendären Coca-Cola zum modernsten Waffensystem. Die Organisation ist nicht eine Henkerbande aus unbegründeter Mordlust, sondern der brutale Arm der Weltmacht USA.

Ruedi Küng

CIA intim

Die Schergen von Uncle Sam (I. Teil)

Den ersten Teil des Berichts über die CIA finden Sie im «konzept» Nr. 11/74. Einen aufführlichen Bericht über Chile in Nr. 1/74, über Portugal in Nr. 5/74 und über Griechenland in Nr. 4/74. Jede Nummer ist gegen 1.50 Fr. in Briefmarken unter Beilegung einer Adresse bei der Redaktion zu beziehen: «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Aethiopien

In Aethiopien ist eine überalterte Monarchie gestürzt worden. Die Machtübernahme durch die Militärs hat eine breite Bewegung im ganzen Land hervorgerufen, welche alle unteren sozialen Schichten umfasst. Ueber die Hintergründe dieser Veränderungen, über die Situation und Geschichte von Aethiopien informiert ein umfassender Artikel im «konzept» 7/74. Zu beziehen bei der Redaktion: «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, gegen 1.50 Fr. in Briefmarken unter Beilegung einer Adresse.

---

1) Tom Papas' Verbindung zur CIA hat er selbst bestätigt. Die Papas Foundation von Boston figuriert auf der Liste jener Institutionen, welche zugeben, Gelder der CIA nach Lateinamerika zu transferieren.

2) 1000 Esc. = ca. 120 Fr.

Mit eindrücklichem Mehr hat der Schwyzer Kantonsrat den Zürcher Industriellen Dr. Dieter Bührle unentgeltlich ins Schwyzer Kantonsbürgerrecht aufgenommen. «In Anerkennung seiner loyalen und grosszügigen Einstellung gegenüber der Gemeinde und seiner sozialen Aufgeschlossenheit und seines Verständnisses gegenüber der Arbeitnehmerschaft», lautete der Kanon, mit dem der Entscheid besungen wurde. Ob mit «sozialer Aufgeschlossenheit» wohl die freundschaftlichen Beziehungen gemeint sind, welche die Firma Bührle mittels ungesetzlicher Waffenschiebereien mit Regierungen fremder Staaten pflegt?

★

Auf der Kehrichtdeponie der Gemeinde Obrigheim bei Stuttgart (BRD) ist hochradioaktives Material gefunden worden, welches mit aller Wahrscheinlichkeit vom naheliegenden Kernkraftwerk Obrigheim stammt. Der Fall, welcher von einem Redaktor aufgedeckt worden war, wirbelte vor allem deshalb viel Staub auf, weil dieser besondere Staub das 200fache der erlaubten Höchstgrenze an Radioaktivität erreichte. In welcher Weise aber der Bürgermeister von Obrigheim, Ernst Ertl, den Fall kommentierte, übersteigt jeden halbwegs gesunden Menschenverstand: Für die Bevölkerung hätten zu keiner Zeit Gefahren bestanden. Er habe den Sack mit dem Material selbst in der Hand gehalten, und ihm sei nichts passiert. Er deutete die Möglichkeit an, dass Unbekannte das Material auf die Kehrichtdeponie gebracht hätten, und erinnerte daran, dass in den vergangenen Tagen Mitglieder des «Kommunistischen Bundes Westdeutschland» Flugblätter gegen den geplanten Ausbau des Kernkraftwerks verteilt hätten! Während die erste Aeusserung die grenzenlose Dummheit des Regierungsbeamten beweist, vermag die zweite die fahrlässige Handhabung der Sicherheitsvorschriften nicht zu vertuschen. Die dritte aber ist in ihrer hetzerischen Art und verleumderischen Weise geradezu obszön.

★

Auch Staatsschützer sind vor dem Staatsschutz nicht sicher. Wie uns das Kriminalkommissariat III der Stadt Zürich (zuständig für Staatsschutz) mitteilt, soll «konzept» ab sofort auf Postfach 289, 8021 Zürich, adressiert werden und nicht mehr an die Stampfenbachstrasse 63. Ob wohl die «konzept»-Leser im Staatsschutz-Kommissariat von ihren eigenen Leuten bespitzelt worden sind?

★

Urteil eines Gerichts in Deutschland: «Der Ersatz für den Wegfall der Ehefrau in der Haushaltführung ist so zu bemessen, dass der geschädigte Ehemann in die Lage versetzt wird, sich in üblicher Weise wirtschaftlich gleichwertige Dienste zu verschaffen, ohne sich Einschränkungen auferlegen oder die Mildtätigkeit Dritter in Anspruch nehmen zu müssen.» Wer meint, dass Urteil stamme aus den späten dreissiger Jahren sieht sich getäuscht. Es ist die heute «übliche Weise», von der einem nur übel werden kann.

★

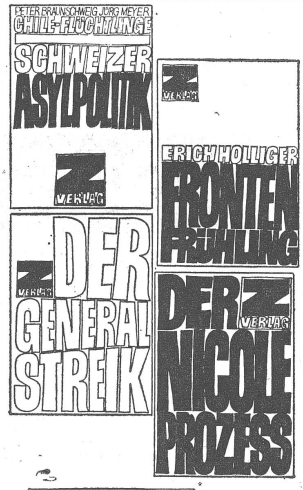
Endlich die Wahrheit über Allendes Chile! In Deutschland wirbt ein Autor (Lothar Bossle) mit seinem Verlag (Seewald) bei Geldgebern für die Unterstützung eines wahrhaft anderen Buches über Chile. Werden da gleich generalstabsmässig Aktionen für einen künftigen Bestseller ins Auge gefasst, spricht sich ein schon vorhandener Klappentext (das Buch ist noch nicht geschrieben) in deutlicher Sprache aus: «Allende behandelte die Verfassung Chiles wie Hitler die Verfassung von Weimar: er setzte sie nicht ausser Kraft, aber wendete sie auch nicht mehr an. (...) Chile wurde ein Tummelplatz für eine linkssozialistische Kamarilla. (...) Allende, ein sozialistischer Pathetiker ..., ein Bohémien ..., zwiespältig in seinem Charakter.» Und so weiter. Was man allerdings von diesem Herrn Lothar Bossle nicht behaupten kann!

Z VERLAG

Werden Sie Genossenschafter des Z-Verlages ...

Es handelt sich um eine Genossenschaft zur Veröffentlichung von Werken, die sonst kaum von einem Schweizer Verlag herausgebracht würden. Beschlüsse über Veröffentlichungen werden an Vollversammlungen der Genossenschaft gefasst.

Weitere Informationen: Genossenschaft Z-Verlag, Neuweilerstr. 96, 4054 Basel



Chile-Flüchtlinge — Schweizer Asylpolitik
Peter Braunschweig, Jürg Meyer 1974 **Fr. 4.50**

Dokumente und Kommentare zur öffentlichen Meinung in der Schweiz, zur Wirklichkeit der direkten Demokratie und zum innenpolitischen Hintergrund.

Montag-Abende der Basler Theater:

Der Generalstreik 1972 56 Seiten
Erich Holliger **Fr. 8.80**

Die Rekonstruktion der ausserordentlichen Bundesversammlung vom 12./13. November 1918 anhand des amtlichen stenographischen Bulletins.

Der Nicole-Prozess 1973 106 Seiten
Erich Holliger **Fr. 8.80**

Die Schiesserei von Genf vom 9. November 1932 im Spiegel des Prozesses gegen den Genfer Arbeiterführer Leon Nicole.

Frontenfrühling 1974 59 Seiten
Erich Holliger **Fr. 7.50**

Rekonstruktion einer Kampfversammlung der Nationalen Front im Frühling 1933.

Die Texte der Montag-Abende eignen sich für Aufführungen von Theatergruppen und Schulklassen.

AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER 1974 **80 Seiten** **Fr. 9.80**

Kommission für Ausländerfragen der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells Basel-Stadt. HSRG: Dieter Zeller

Die Texte stellen das vorläufige Ergebnis einer Kommission für Ausländerfragen dar. Dabei handelt es sich vornehmlich um die Auswertung von Arbeitstagungen, die im Mai 1973 bzw. im August 1974 im Genossenschaftlichen Seminar in Muttenz durchgeführt worden sind.

«Alle Arbeiter sind Fremdarbeiter» lautet der Titel des ersten Teils. Zunächst erfährt der Leser etwas über die Beziehungen zwischen Einheimischen und Ausländern aus geschichtlicher und soziologischer Sicht. Darauf wird die Ausländerproblematik in Wirtschaft, Gesellschaft und Schule besprochen.

«Von der nationalen Aktion zur solidarischen Gegenaktion» handelt der zweite Teil. Zielsetzungen und Auswirkungen der 3. Ueberfremdungsinitiative werden aufgezeigt. 40 Fragen zur Initiative werden beantwortet. Es wird beschrieben, was geschieht, wenn der Arbeiter gegen den Arbeiter zu kämpfen beginnt. Die 3. Ueberfremdungsinitiative wird darauf aus der Sicht der Betroffenen beurteilt. Schliesslich wird die «Mitenand-Initiative» als Alternative vorgestellt.

konzept – ein intelligentes Geschenk!

Kennen Sie

den jede Woche erscheinenden Stellen-Anzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten?

Die Stelle

Verlangen Sie telefonisch oder mit Postkarte eine Probenummer der neuesten Ausgabe!

EIDG. PERSONALAMT
Stellennachweis
3003 Bern Telefon 031/61 62 53

Das homosexuelle Verlangen

von Guy Hocquenghem. Brosch., 164 S., Fr. 12.90

«Nicht das homosexuelle Verlangen ist problematisch, sondern die Angst vor der Homosexualität.»

Le désir homosexuel. G. Hocquenghem. (français) Br. 121 p. Fr. 10.50

«him», das magazin mit dem mann
Monatliche Zeitschrift, ill., mit Informationen. Einzelnummer Fr. 9.50.

«hey», Gay-Magazin
Monatlich. Organ der S. O. H. Einzelnummer Fr. 6.—.

Abonnementspreise (Lieferung weiterer Zeitschriften) über Peter Thommen, Buchhändler, Postfach 177, 4018 Basel, PC 40-67761 (Versand Fr. 1.—)

Bezirksschulverwaltung Schwyz

Wir suchen für unsere Sekundarschulen in

Brunnen
Schwyz
Steinen

Sekundarlehrer(innen)
phil. I und II

Besoldung nach neuer kantonaler Verordnung plus Teuerungszulagen und Ortszulagen. Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind erbeten an die Bezirksschulverwaltung des Bezirks Schwyz, Herrn Kaspar Hürlimann, Bezirksschulverwalter, 6410 Goldau SZ, Telefon Büro (043) 21 20 38, Privat (041) 82 10 95.

Schulgemeinde Frauenfeld

Wir suchen auf Beginn des neuen Schuljahres (21. April 1975)

Lehrerinnen und Lehrer

Unterstufe
Mittelstufe
Abschlussklasse
Spezialklasse

Wir bieten angenehme Arbeitsverhältnisse und eine gute Entlöhnung.

Interessenten werden gebeten, sich beim Schulpräsidium, Rheinstrasse 11, 8500 Frauenfeld, Telefon (054) 7 42 65, zu melden.

treff punkt

Attraktiver, weltoffener junger Lehrer 27/182, sucht **warmherzige Partnerin,** die mit ihm zusammen das aktive Leben in der Gemeinschaft lernen möchte. Bildzuschriften an Chiffre 7689, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Hast Du Freude an Reisen, Sport, Kulturellem, Gemütlichkeit und weniger am Alleinsein? War Lehrerin, bin Studentin, 31 J. Ich beantworte jede Bildzuschrift mit 100% Diskretion. Chiffre 7632, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH/BS: Student, vielseitig interessiert, sucht sympathischen, sportlichen Freund zwischen 24 und 30 Jahren zu Gedankenaustausch und Freizeitgestaltung. Bitte Bildzuschrift an Chiffre 7631, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student 32/183 glücklich verlobt, mit toleranter Frau, sucht (möglichst vollbusige) anschmiegsame Gespielin für hie und da. Wer selber auch glücklich gebunden ist, wird bevorzugt. Zürich. Chiffre 7606, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

22jähriger Mittelschüler (2. Bildungsweg) sucht Freundin für gelegentlichen Gedankenaustausch usw. Kontaktbrief evtl. mit Bild unter Chiffre 7713, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FR: Student, 24, sucht homophile Leidensgenossen für Freundschafts- und Interessengruppe. Machst Du mit? Diskretion Ehrensache. Du erreichst mich unter Chiffre 7712 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zwei junge, sportliche Studenten (Auto und Wohnung) suchen tolerantes Mädchen oder Dame, um alle Freuden des Lebens auszukosten. Bildzuschriften an Chiffre 7711, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern/Westschweiz. Akademiker, 31, in gehobener Position sucht männlichen, intelligenten, sportlichen Freund. Zuschriften bitte mit Bild (zurück) an Chiffre 7710 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Maler sucht hübsches weibl. Modell. Raum Winterthur–Zürich Umgebung. Gute Bezahlung, wird abgeholt. Bildzuschriften bitte unter Chiffre 7730 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Studentin, 26 J., halbindividualistisch, halbsozial ausgerichtet, sucht **Freundin** z. Aufbau einer Beziehung. Sie sollte echt und allem gegenüber aufgeschlossen sein, nicht älter als 30 J. Chiffre 7731 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: **Ich,** 178/34, in freiem Beruf tätig, spez. Interessen Kunst, Film, Politik, suche einen sensiblen und offenen Freund bis ca. 28 J. für **aktive Partnerschaft** (evtl. Wohngemeinschaft). Chiffre 7732 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ob es wohl Frauen gibt, die so etwas wie sexuelle Unbefangenheit besitzen und ihre Freiheit noch nicht ganz verloren haben? Auf konkrete Antworten hofft ein ehrlicher Träumer. Chiffre 7746 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FLOHMARKT

● In kleiner Wohngemeinschaft, Nähe Niederglatt, ist noch 1 Zimmer für ein Paar frei. Ca. 25 Bahnminuten von Zürich HB. Einzug ab sofort. Preis: ca. 250 Fr./Monat. E. Geiger, Adlibogenstr. 37, 8155 Niederhasli.

● Wer kommt mit in den Fernen Osten, dann nach Australien und Neuseeland? Start Anfang Febr. 1975. Tel. (061) 43 87 03.

● Wer fährt von Basel öfters übers Wochenende nach Zürich und würde mich gegen Benzinkostenanteil mitnehmen? Tel. (061) 43 87 03.

● Wenn sich 2 geübte Schwyzerörgeli-Spieler sowie 2 Klarinettisten finden, könnten wir eine Stud.-**Ländlerkapelle** gründen. Ziel: ebensosehr zäme dä Plausch ha wie gutes Musizieren. Raum Zürich. Anfragen an Hannes Spillmann, Tel. (01) 28 61 29.

treff punkt FLOHMARKT

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat: Fr. 12.–) auf Postscheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat konzept» bzw. «Kleininserat konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Kontaktinserat* (Fr. 15.–) Kleininserat* (Fr. 12.–) * Nichtzutr. streichen

Name und Adresse:

Unterschrift:

Aus USA ORIGINAL

Für Wintertage
BLUE JEANS:
Wrangler
Lee Cooper
Levi Strauss

Lee

Armee-Schlafsäcke
Feldjacken und Hosen
Reportermäntel
Fliegerjacken
Nylon-Gestellrucksäcke
Lee Riders und Jacken
Leder-Armeestiefel
Lammfellstiefel
Lederbekleidung usw.
Grossauswahl in Occasionen

Boeing-Lumber Nylon oder Baumwolle
Bomberjacken in Fell u. Leder
Occ. Marine-Pullover
Wintermützen
Lammfell

Versand ganze Schweiz

Gratisprospekt

ARMY AND JEANS SHOP IMBACH

Bäckerstrasse 22
8004 Zürich
Tel. (01) 23 90 67

Neuer Kurs im Studentendachverband: aktiv, aber realistisch

Kompromisslos konsolidieren

Am 29. November tagte der 12. Delegiertenrat (DR) des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS). Weil sich die Angriffe auf die verfassten Studentenschaften in den letzten Wochen ganz besonders gegen die Studentenschaften der Uni Basel gerichtet hatten, wurde der DR in Basel abgehalten, um so die Solidarität des Verbandes mit einer in Schwierigkeiten stehenden Sektion deutlich herauszustellen. Auch im übrigen stand der DR unter dem Zeichen des Kampfes gegen Bestrebungen, die verfassten studentischen Organisationen zu schwächen.

«Es ergab sich aus unserer Sicht, dass fürs erste mit einer Tradition zu brechen sei: mit der Tradition nämlich, am ersten Delegiertenrat mit dem neugewählten Vorstand ein Aktionsprogramm verabschieden zu lassen.» Diese Feststellung, niedergelegt in der Einleitung des *«Arbeitsplans 74/75»* des VSS-Vorstandes, beruht auf der Ueberlegung, dass Aktionen dann und nur dann unternommen werden sollten, wenn sie eine inhaltliche Kontinuität der Verbandsarbeit fördern. Die in studentischen Gremien übliche personelle Fluktuation ist dann schwerwiegend, wenn sie zu einer diskontinuierlichen Arbeitsweise führt; gelingt es dagegen, durch bewusste Verankerung jeder Aktivität in den Sektionen längerfristig angelegte Vorgehensweisen an- und durchzusetzen, so können die Nachteile des häufigen personellen Wechsels teilweise aufgewogen werden.

«Studentendemokratie» abgeklemmt

Und das ist dringend notwendig. In *Basel* wurde der Studentenschaft das Recht aberkannt, alle Studenten der Hochschule automatisch zu vereinigen – ja nicht einmal die Mitgliederbeiträge derjenigen Studenten, die ihre Solidarität mit der Studentenschaft weiterhin zum Ausdruck bringen wollen, dürfen durch die Quästur der Universität eingezogen werden. Die Studentenschaft musste ein *Notbudget* zusammenstellen und selbst für die Einziehung der Semesterbeiträge besorgt sein. In *Bern* gibt es seit einiger Zeit eine sogenannte *«Kasse für studentische Zwecke»*, die, verwaltet von einer Kommission, jeweils in väterlicher Güte und Weisheit entscheidet, welche Veranstaltungen und Aktivitäten der Studentenschaft akzeptabel seien. Da geschehen dann so merkwürdige Dinge, dass etwa von einer Vortragsreihe gewisse Vorträge bewilligt werden und andere nicht – Demokratie ist das, was die Regierung sagt ...

Das könnte nun natürlich als kurzfristige Schwierigkeit abgetan werden, als Polit-Rezession, der dann automatisch wieder ein Gipfel höchster demokratischer Konjunktur folgen werde, und wenn es so wäre, brauchte man ja nur zu warten. Aber: Inzwischen geschehen eben noch ganz andere Dinge. Inzwischen werden *Universitätsgesetze* vorbereitet, die die Machtlosigkeit oder gar Inexistenz der Studentenschaften zementieren sollen, es werden *Propagandagruppen* gegründet, die – oft gar noch unter der scheinheiligen Vorgabe, auch sie seien ja «für eine studentische Organisation» – an die Stelle umfassender, politisch konsequenter Interessenvertretung blosse Dienstleistungen à la Rabattmarkenbüchlein setzen wollen, und Mitbestimmungsrechte werden – wo sie überhaupt je bestanden haben – zu *Mitraucherechten* in kompetenzlosen Beratungsgremien degradiert.

Unter diesen Umständen musste der VSS-Vorstand darauf dringen, dass die Diskussionen um seinen Arbeitsplan ohne hochfliegende Utopien, dafür aber mit stetem Blick auf das im Interesse der Erhaltung demokratisch aufgebauter Studentenschaften Realisierbare geführt wurden. Als Folge dieser Diskussionen ergaben sich die folgenden Schwerpunktsetzungen seitens der Delegierten:

- Die Prioritätensetzung des Vorstandes im Bereich *«Universitäres»* wurde grundsätzlich begrüsst. Sie sieht vor, dass bis Januar 75 ein umfassender Argumentenkatalog zum Thema *Numerus clausus* und eine *Dokumentation* (Organigramm) über die *schweizerischen wissenschaftspolitischen Organe* vorliegen sollen. Weiter sollen die Entwürfe für neue *Universitätsgesetze* zusammengestellt und kommentiert werden, und entsprechende Vernehmlassungen sollen beantwortet werden. Zum Thema *Hochschulförderungsgesetz* schätzt der Vorstand die Chance einer Einflussnahme eher gering ein – trotzdem soll keine Möglichkeit verpasst werden, sich in die Beratungen einzuschalten. Hier zeigte sich, dass von Resignation im VSS trotz schwierigen Umständen nicht die Rede sein kann: Der DR befand eindeutig, dass die aktive Teilnahme an allen wichtigen Vernehmlassungen nicht aufgegeben werden dürfe.
- Die Weiterführung und genaue Ueberprüfung der *internationalen Kontakte* war unbestritten; auch die nötigen finanziellen Mittel genehmigte der DR, offensichtlich geleitet von der Einsicht, dass die aktuellen Schwierigkeiten des VSS und der Studentenschaften nicht mehr nur im nationalen Rahmen gesehen werden dürfen.
- Das *Sozialressort* war vor allem mit den Bereichen *Ausbildungsfinanzierung* und *Wohnungskampagne* Gegenstand lebhafter Diskussionen. Zuhanden einer im Januar abzuhaltenden Sozialministerkonferenz wurden vor allem die Anregungen gemacht, man habe sich mit der *Bundesgesetzgebung über Stipendiensubventionierung* und mit den Möglichkeiten einer *Neuauflage der Wohnungskampagne* auseinanderzusetzen. Dass eine *Stipendienstatistik* neu herausgegeben werden muss, war von keiner Seite bestritten. Zum Thema *Bücherrabatt* konnte der Vorstand darauf verweisen, dass sein Vorgehen bis jetzt offenbar nicht ungeschickt gewesen sein dürfte und dass er infolgedessen seine Position gegenwärtig nicht grundlegend zu revidieren gedenke. *Verstösse gegen die Rabattordnung sollten dem Büro des VSS immer mitgeteilt werden.* Am Rande besprochen wurden die Fragen um die *Schweizerische Dissertationszentrale* und die Dokumentation über *Auslandstipendien.*
- Der DR nahm zustimmend von der Konzeption des *Informationsressorts* Kenntnis. Die Schwerpunkte der Tätigkeit werden dort die Zusammenarbeit mit den andern Ressorts zwecks Herausgabe optimal aufgebauter Dokumentationen und die Ueberprüfung der zu Verfügung stehenden Informationsmedien inner- und ausserhalb der Studentenschaften sein. Die Art der gegenseitigen Kontakte zwischen Vorstand einerseits und Sektionen wie DR und Fraktionen anderseits soll ebenfalls eingehend reflektiert werden.

Ausser der Verabschiedung des Arbeitsplanes beschäftigte der Gerichtsentscheid gegen die studentische Zwangskörperschaft in Basel den DR. Es wurde ein *befristetes, unverzinsliches Darlehen* in Höhe der Hälfte der fälligen VSS-Beiträge der Sektion Basel gewährt, um so eine direkte, materielle Hilfe zur Ueberbrückung der Notsituation zu leisten. Die bevorstehenden Numerus-clausus-Abstimmung in Basel erschwert die Lage noch zusätzlich, da sich die Studentenschaft im Abstimmungskampf unbedingt intensiv engagieren muss, hat doch sogar die SP Basel (!) sich *für* die Einführung der Zulassungsbeschränkungen ausgesprochen. Zu diesem Problemkreis verabschiedete der DR eine Resolution.

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Nein zum Numerus clausus!

Der Delegiertenrat des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, dass die Probleme um die Aufnahmekapazitäten an den Hochschulen einer Lösung nicht näher gebracht wurden. Im Gegenteil: Die Einführung von Zulassungsbeschränkungen rückt verschiedenenorts (Bern, Basel, Genf, Zürich) näher, der Numerus clausus, nicht Möglichkeiten, ihn zu vermeiden, beherrscht das Geschehen in der Hochschulpolitik.

Angesichts des ohnehin bestehenden und weiten Kreisen der Bevölkerung zur Genüge bekannten Lehrer- und Aerztemangels bedeutet ein NC – der sich zuerst auf diesen Gebieten auswirkt! – eine bewusste Duldung der prekären Lage. Daneben sind die Mittelschüler direkt betroffen: Die erzwungene Konkurrenz um die knappen Studienplätze wird in zusätzlicher Selektion (Prüfungen) organisiert und verschlechtert so das Klima an den Mittelschulen.

Der DR verurteilt diese «Notmassnahme» auf dem Gebiet der Bildung. Sie sind ein Ausdruck jener fatalen Politik, mit Hinweis auf die Finanzklemme der öffentlichen Hand vorwiegend im Bereich der Bildungs- und Sozialausgaben zu sparen. Der DR ist der Meinung, dass es sich bei der Einführung des NC um ein nationales Politikum handelt: Wird nämlich der NC an einer Universität, in einem Fachbereich verhängt, so muss er sich mit Sicherheit auf alle übrigen Universitäten auswirken, **da er die Studienplätze gesamtschweizerisch verknappt.** Damit ist ein weiterer Schritt auf einen generellen NC getan.

Der DR erklärt sich daher mit dem Kampf der Basler Studentenschaft gegen das Ermächtigungsgesetz zur Einführung des NC solidarisch. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass ihm Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihr **Nein** entgegensetzen.

St. Gallen bald wieder im VSS?

Neben diesen Hauptpunkten, die alle im weitern Sinn unter dem Aspekt der Stärkung der verfassten studentischen Organisationen gesehen werden müssen, befasste sich der DR mit folgenden Fragen.

- *VSS-Komitee St. Gallen:* Die Studentenschaft St. Gallen, die nicht mehr Mitglied des VSS ist, verlangte Diskussionsrecht am DR. Ihr Vertreter äusserte sich in dem Sinn, dass das VSS-Komitee St. Gallen nicht repräsentativ sei und ihm infolgedessen das Stimmrecht am DR nicht zuerkannt werden dürfe. Demgegenüber hielt der DR fest, dass das Komitee sowohl seinen Statuten wie auch seiner konkreten Aktivität nach den Anspruch habe, die Studentenschaft in den VSS zurückzuführen. Es vereinige somit jene Kräfte, die die Mitarbeit im VSS suchten; diesen Kräften sei auch eine entsprechende Möglichkeit zur Mitbestimmung der VSS-Politik zuzugestehen. Das Stimmrecht des Komitees wurde formell festgehalten, und es wurde präzisiert, dass die normalen Kontakte des VSS zu St. Gallen über das Komitee zu laufen haben, solange die Studentenschaft nicht wieder dem Verband beitritt. Indessen bestätigte der Vorstand seine jederzeitige Bereitschaft zu informellen Kontakten mit dem Stundentenschaftsvorstand.
- Der Beitritt des VSS zur *Genossenschaft für Wohngemeinschaften Basel* wurde erklärt, allerdings unter den Bedingungen, dass dieser Beschluss kein Präjudiz für ähnliche Fälle darstellen dürfe und dass sich der VSS nicht zu irgendwelchen über die statutarischen Verpflichtungen der Genossenschaftsmitglieder hinausgehenden Verbindlichkeiten bereit erklären darf.
- Die vorgesehene Dreierdelegation für das Europäische Studentenmeeting in Bonn wurde auf Vorschlag des Vorstandes auf einen einzigen VSS-Vertreter gekürzt; dies deshalb, weil der Verband der deutschen Studentenschaften erklärt hatte, er könne aus finanziellen Gründen die Reise- und Aufenthaltskosten für die Teilnehmer nicht tragen, wie dies ursprünglich geplant war. Selbstverständlich steht es den einzelnen Studentenschaften frei, weitere Delegierte auf eigene Kosten zu entsenden.
- Es wurden Wahlen in verschiedenen Kommissionen und Gremien vorgenommen.

Fazit: Keine Ueberschwenglichkeit, keine Utopien, keine gefährlichen Experimente – dafür ein Delegiertenrat, der bereit ist, Kleinarbeit zu leisten, um die Stellung der Studentenschaften und des VSS wieder zu festigen. Fortschrittliche Politik hat nichts mit verbaler Revolutionsromantik zu tun: Die Gewissheit besteht, dass diese Erkenntnis sich durchgesetzt hat.

Werner G. Hoffmann

Presseschau zur Aargauer Studienverlaufsuntersuchung

Sachzwängerei

Ein Rauschen ging durch den Blätterwald: von «in Europa erstmaliger Untersuchung» war die Rede, von «sogar für Fachleute zum Teil höchst überraschendem Material» und davon, dass die Interpretation der zusammengetragenen Daten «mit den vorliegenden Berichten noch lange nicht erschöpft ist».

Was war geschehen? Eine Forschergruppe der Vorbereitungsstufe der Hochschule Aargau hatte etwa 5500 Studenten schweizerischer Hochschulen nach verschiedenen Angaben über ihr Studium befragt und daraus ein umfangreiches Kompendium erarbeitet, das nun der Presse vorgestellt wurde. Eine ganz übliche soziologische Analyse also, würde man meinen, wenn auch unter ausnehmend grossem Aufwand erstellt. Eine verdienstvolle Arbeit, die der Hochschulplanung nützliche Impulse geben kann, und in einigen Aspekten gewiss auch eine echte Neuerung in der bislang doch eher auf wackligen Füssen (sprich: ungesicherten Daten) stehenden schweizerischen Bildungsforschung. Nicht mehr, nicht weniger. Recht viel also im Vergleich zum Bestehenden – aber warum dieser Wirbel?

Ewige Liebe zur Hochschule?

Warum opferten nicht nur traditionellerweise bildungspolitisch interessierte Blätter, sondern auch solche, denen man eine derartige Schwerpunktsetzung beim besten Willen nicht zusprechen kann, recht ansehnlichen Raum für Berichte über die Aargauer Recherchen? «Ewige Studenten verstopfen Hochschulen» – so titelt «Die Tat», und damit ist auch gleich die genaueste Formulierung dessen gegeben, was die «Neuen Zürcher Nachrichten» («Noch viele Langzeitstudenten»), die «Basler Nachrichten» («Von ewigen Studenten und ‚Abbrechern'»), «La Suisse» («Un quart d'étudiants ‚éternels'?») und der Berner «Bund» («Vom normalen zum ‚ewigen' Studenten») nur verschämt andeuteten: Es ging eben gar nicht um eine mehr oder weniger sachliche Berichterstattung über eine wissenschaftliche Studie. Sonst hätte man auch etwa darüber referieren müssen, welche Zusammenhänge die Aargauer Forscher zwischen Informiertheit und Motivation einerseits und Studienerfolg anderseits herausgefunden haben, welche Spezifika der sozialen Herkunft mit dem Studienerfolg korrelieren etc. Statt dessen aber fand der Leser nur immer wieder die gleichen Zahlen vor, dass nämlich 25% der Studenten des Immatrikulationsjahrgangs 1965 noch heute an unsern Hochschulen immatrikuliert sind und etwa gleich viele ihr Studium aufgegeben haben. Offenbar ging es vorrangig um Benutzung einiger weniger Ausschnitte dieser Studie zu propagandistischen Zwecken – zur Vorbereitung auf das, was von bürgerlichen Bildungstechnokraten so gerne als bedauerlicherweise unumgänglicher «Sachzwang» dargestellt wird. Die Formulierungen sind geläufig: Binnen kurzem wird man sich wohl behördlicherseits «gezwungen sehen», Regelstudienzeiten einzuführen, man wird um «Verständnis für die Notwendigkeit» der Einführung des Numerus clausus bitten, man wird sich auf die «Bildungsfeindlichkeit der Bevölkerung» hinausreden – ach was, warum denn im Futurum? Man tut es ja längst. Der Rektor der Handelshochschule St. Gallen beispielsweise hat kürzlich explizit von der «einfachen Antwort der Festlegung einer maximalen Semesterzahl bis zum Lizentiat» gesprochen, der Numerus clausus begnügt sich nicht mehr damit, vor der Türe zu stehen, und wie oft das Schlagwort der «Bildungsfeindlichkeit» ohne jede genauere Abgrenzung in letzter Zeit gefallen ist, mag man schon gar nicht mehr aufzählen.

Zwei Fragen liegen auf der Hand: Sind denn das nicht eben wirklich Sachzwänge? Und: Wenn es keine sind, wer hat ein Interesse daran, das Gegenteil so nachdrücklich und stets aufs neue zu behaupten?

Wölfe im Schafspelz

Zum ersten: Natürlich stehen diese «Sachzwänge» am Ende einer Entwicklung, die zu ihnen führen musste: Wenn man jahrelang massive Fehlverteilungen der Bildungsausgaben vornimmt (zum Beispiel Bau der luxuriösen Aussenstatien der ETH auf dem Hönggerberg statt Schaffung von genügend Assistentenstellen), wenn man ebensolange Studentenberatung und Sozialeinrichtungen mit geradezu lächerlich geringen Leistungen bedenkt und wenn schliesslich die studentische Mitbestimmung immer wieder torpediert wird – dann darf man sich über mangelnde Studienmotivation und daraus folgende hohe Langzeitstudien- und Studienabbruchquoten nicht wundern. Hier von quasi «naturgesetzlichen» Sachzwängen zu reden ist etwa so sinnvoll wie die Beteuerung eines Autofahrers, an seinem Schleuderunfall sei er ganz unschuldig, nur die Reifen seien eben abgefahren gewesen ...

Das Bild ist korrekturbedürfig. Denn während man doch annehmen kann, dass sich jener Autofahrer mindestens nachträglich rechtschaffen ärgern dürfte, scheint es, dass die Bekenntnisse zu sogenannten Sachzwängen im bildungspolitischen Bereich gewissen Leuten verdächtig leicht über die Lippen gehen. Und wenn man dann gar aus der BRD (um genau zu sein: aus der Sendung «Monitor» der ARD) erfährt, dass an gewissen, stark vom Numerus clausus betroffenen Fakultäten noch freie Studienplatzkapazitäten vorlägen, und zwar ohne jeden zusätzlichen Ausbau – dann beginnt man doch sehr daran zu zweifeln, ob da alles mit rechten Dingen zugeht. Dann bleibt doch eigentlich nur noch die Vermutung übrig, NC, Regelstudienzeiten und verwandte Massnahmen dienten vor allem einmal der Disziplinierung (wer Kritik übt, gefährdet seinen Studienplatz), dem Aufrechterhalten sozialer Schranken (nur wer Geld hat, kann es sich leisten, seinen Studienbeginn längere Zeit zu verschieben und das Studium dann in Mindestzeit – also ohne parallelen Gelderwerb – abzuschliessen) und der Optimierung des Arbeitskräftemarkts mittels eines bequem auf- und zuzudrehenden Ventils. Und damit wäre ja nun auch die zweite Frage beantwortet, die nach den Interessen, denen solcherlei vermeintliche «Sachzwänge» dienen.

Um es nochmals mit aller Deutlichkeit zu sagen: Es geht hier keinesfalls um eine Verunglimpfung der Aargauer Bildungsforscher – wenn auch immerhin vermutet werden darf, dass die Art der Darstellung der Untersuchungsergebnisse gegenüber der Presse ihren Einfluss auf die Berichterstattung gehabt hat; indessen muss gerechterweise vermerkt werden, dass es auch anders ging: Ausgerechnet die «NZZ» (!) beschränkte sich auf eine völlig undemagogische Darlegung des Aufbaus der Studie unter dem neutralen Titel «Studienverlauf und Studienerfolg» – allerding darf man auf die angekündigte «Würdigung zu einem späteren Zeitpunkt» gespannt sein. Ebenso ist folgende redaktionelle Bemerkung der Zeitung «La Suisse» als erfreulich sachlich zu werten: «Au sujet des ‚étudiants éternels', mentionnons que dans certaines universités, des jeunes gens qui abandonnent leurs études restent immatriculés lorsqu'ils n'ont pas demandé l'annulation de leur inscription.» Wir haben diese – eigentlich doch selbstverständliche – Anmerkung als positive Ausnahme gewertet.

Preisfrage: Wie ist die Berichterstattung eines bürgerlichen Pressewesens zu werten, in dem Selbstverständlichkeiten positive Ausnahmen sind?

Wohl nicht ganz so positiv.

VSS-Vorstand/wgh

Zur Ausländerbeschränkung an den Hochschulen

Ausländer zwischen Jammer und Amboss

Seitdem die Schulleitung der ETH Zürich «den Herren Professoren» mitteilte, dass gemäss bundesrätlichem Willen ab sofort auch die Hochschulen der Begrenzung der Ausländerzahl unterstellt sind, ist die ETH-übliche Ruhe dahin.

Für einmal war die Laufrichtung des Protests umgekehrt: vom Entscheid in ihrer Personalpolitik unmittelbar betroffen, stiegen die Professoren als erste auf die Barrikaden, verliessen diese angesichts der nahenden Ueberfremdungsabstimmung aber sofort wieder und verzichteten auf *«keine Stellungnahme, die unvermeidlich in das Für und Wider des Abstimmungskampfes geraten wäre».*

Nach wiedererlangter akademischer Besonnenheit fiel denn auch das Urteil der Dozenten weit milder aus: man bejammerte, dass *«mit dem Prinzip der Freizügigkeit nun eine Lebensgrundlage unserer Hochschulen in Frage gestellt wird»*, und sah in eine trübe Zukunft, in der die ETH *«zu einer Provinzuniversität»* abgesunken sein würde. Obwohl die Dozenten *«den in Frage gestellten internationalen Austausch unter Hochschulen losgelöst vom Ueberfremdungsproblem betrachten wollen»*, suchten sie *«um Verständnis dafür, dass es dabei nicht um ein Privileg, sondern um eine unerlässliche Voraussetzung des Gedeihens unserer Hochschulen geht».*

Auch im Vorstand der *Vereinigung der Assistenten, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Doktoranden* der ETH (AVETH) brach sofort nach Bekanntgabe der neuen Verordnung ein lautes Wehklagen aus. Krankheit und Absentismus griffen um sich, und der übriggebliebene Rest sammelte sich zu einem moralischen Gefecht gegen den Bundesbeschluss. In einem mit *«Hochschulmanifest»* betitelten Traktätchen heisst es unter anderem, mit dem Be-

GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
GKEW / Postfach 725
8022 Zürich

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19
8006 Zürich 01/47 99 85

Wir helfen Ihnen bei Ihren

Dissertationen

Vorlesungsskripten

Berichten

Wir lassen für Sie setzen, drukken, zeichnen, falzen, kleben, perforieren, rillen, den Umschlag einhängen oder heften, paginieren, lithographieren, photokopieren, gestalten, kalkulieren.

Wir beraten Sie bei Format, Schriftart, Schriftgestaltung, Schriftgrad, Satzspiegel, Durchschuss, Schriftgrösse.

LASSEN SIE SICH HELFEN!

schluss werde *«die jahrhundertealte akademische Bewegungsfreiheit in einer Weise eingeschränkt, welche eines freien Landes unwürdig ist..., und der Welt ein Beispiel gegeben, das Willkürakte anderer Staaten legitimiert»*.

Mit solch gesalbten Worten wollte sich allerdings eine vom Vorstand einberufene Vollversammlung nicht zufriedengeben. Ueber 500 (!) Assistenten beschlossen, *«einen Streik des Mittelbaus ins Auge zu fassen, falls die Behörden nicht auf ihren Beschluss zurückkommen werden»*. Und weil der Vorstand offensichtlich nicht gewillt war, den Protest der Basis zu übernehmen, und sich plötzlich erinnerte, dass Vollversammlungen gemäss Statuten eigentlich gar nicht vorgesehen sind, gründete er ein Aktionskomitee, das zielstrebig daran ging, konkrete Gegenmassnahmen zu organisieren.

Inzwischen war jedoch auch die Schulleitung nicht untätig geblieben. Am studentischen Teach-in verkündete ETH-Präsident *Ursprung* den Anwesenden frohlockend das Resultat intensiver Verhandlungen und eifrigen Antichambrierens: durch einige begriffliche Manipulationen soll der Ausländerstopp wenn nicht aufgehoben, so doch weitgehend umgangen werden. Künftig sollen Doktoranden als Studenten gelten und damit von der Verordnung ausgenommen werden. Und damit sie ihrer materiellen Existenzgrundlage nicht völlig entbehren müssen, wird auch der Begriff der Erwerbstätigkeit kurzfristig umdefiniert: erwerbstätig ist fortan nur, wer mehr als 18 Stunden pro Woche im Anstellungsverhältnis tätig ist.

Mit dieser akademischen Begriffsakrobatik «löst» man ein Problem auf eine Art, die politische Hintergründe offen blosslegt:

● Erstens gaukelt man der Bevölkerung vor, dass fortan auch die Hochschulen den gleichen Bedingungen wie andere Teile der Gesellschaft unterworfen sind. Tatsächlich erlauben diese Tricks aber, dass mehr Ausländer angestellt werden können aus bisher.

● Zweitens spart man Geld, was in der ganzen Angelegenheit vielleicht noch wichtiger ist als die erneuten Zugeständnisse an die fremdenfeindlichen Gruppen. Bezeichnenderweise sollen auch die Gastdozenten, die nach Verodnung nur noch für drei Monate zugelassen waren, nun wieder toleriert sein – vorausgesetzt, sie werden von ihrer Heimatuniversität bezahlt.

● Drittens bewirkt man eine Spaltung der Assistentenschaft in Schweizer und Ausländer und damit verstärkte Konkurrenz: ein ausländischer Doktorand, der fachlich mit seinen Schweizer Kollegen mithalten will, wird zwangsläufig mehr als die bezahlten 18 Wochenstunden leisten. Er wird damit – wie seine Landsleute ausserhalb der Hochschule – zur billigen Arbeitskraft.

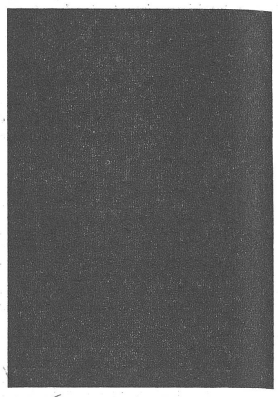
● Viertens schafft man zusätzliche Selektionsmöglichkeiten, die allemal den gleichen Effekt haben dürften: Elimination der materiell schlecht Gestellten (jene, die mit dem neudefinierten Begriff der Erwerbstätigkeit den alten Begriff der Existenzgrundlage nicht decken können) und jener, vor denen man annimmt, dass sie nicht in die politische Landschaft der ETH passen.

Hinter der Fassade «Ausländerstopp» ist also nicht nur Fremdenfeinlichkeit verborgen, sondern ebenso das Bedürfnis nach Finanzrestriktion und nach sozialer und politischer Selektion des Mittelbaus.

Die Assistenten tun deshalb gut daran, von ihrer Forderung nach *totaler* Rücknahme der bundesrätlichen Verordnung so schnell nicht wieder abzurücken. Und richtigerweise betrachtet das Aktionskomitee die Aufhebung des Ausländerstopps an der ETH (und in den Spitälern) nicht als Wiederherstellung gehabter Privilegien, sondern als erste Massnahme einer neuen Ausländerpolitik. Einer Ausländerpolitik, die die Aufhebung der diskriminierenden Sonderstatuten, die die freie Wahl des Arbeitsplatzes und den freien Zugang zu allen Sozialeinrichtungen ebenso umfassen muss wie allgemeine Massnahmen zur Erleichterung der Integration der Ausländer, insbesondere durch Herstellung gleicher politischer und gewerkschaftlicher Rechte für Schweizer und Ausländer.

Toni Holenweger

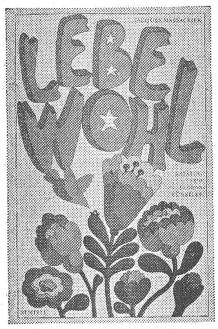
Unsere Porno-Ecke



(Abgedeckt für die Schweiz*)

**Bestellen Sie sich doch ein Ausland-Abonnement zu Fr. 18.– pro Jahrgang bei «konzept», Rämistrasse 66 (in Worten: sex sex), 8001 Zürich.*

Das **Do-it-yourself-Handbuch** für Leute, die der Überflussgesellschaft **‹Lebe wohl›** sagen



In zunehmendem Masse werden sich Menschen der Leere und Unfruchtbarkeit ihres Lebens bewusst, ahnen die grossen Umwälzungen oder Katastrophen und nehmen sich vor, wieder zu lernen, wie man organisch in und mit der Natur lebt.

Jacques Massacrier, «Lebe wohl»
Katalog für Lebenskünstler.
184 Seiten, Grossbroschur mit vielen zweifarbigen Abbildungen. Fr. 28.–

Massacrier's Vorschlag zum Überleben als Geschenk in jeder Buchhandlung

Ich bestelle zur sofortigen Lieferung

_____ Ex. Massacrier, «Lebe wohl»

Name

Strasse

PLZ/Ort

Benteli Verlag, 3018 Bern

Sprachliche Kommunikation und Gesellschaft

Seit mehreren Jahren wächst das Interesse an Problemen der sprachlichen Kommunikation. Dies hat in Forderungen der gesellschaftlichen Praxis ebenso eine Ursache wie in den Bedingungen und Möglichkeiten der Wissenschaftsentwicklung. Sprachliche Kommunikation ist allerdings eine sehr komplexe gesellschaftliche Erscheinung. Ihr Wesen bleibt unverstanden, solange sie nur unter isolierten Gesichtspunkten gesehen wird. «Sprachliche Kommunikation und Gesellschaft» will deshalb einen theoretischen Hintergrund umreissen, der es gestattet, die Komplexität zu erfassen. Es wird versucht, diesen Hintergrund in der menschlichen Tätigkeit zu finden, als deren Komponente die kommunikative Tätigkeit genetisch und funktionell begriffen wird. Der Wert der Arbeit besteht in erster Linie in dem Bemühen, viele bisher isoliert behandelte Erscheinungen in einen Gesamtzusammenhang einzuordnen.

636 Seiten, Leinen, Fr. 45.60

Akademie Verlag Berlin/DDR

Buchhandlung Genossenschaft LITERATURVERTRIEB, Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse, 8004 Zürich, Tel. (01) 39 85 12 und 39 86 11

Santé!

ABGABETERMINE

sind oft entscheidend. Benachrichtigen Sie uns frühzeitig — dann wird Ihr Termin zu unserem Termin. Wir

SCHREIBEN VERVIELFÄLTIGEN BINDEN

Ihre wissenschaftlichen und technischen Arbeiten.

Ihr Wohnort spielt keine Rolle.

Dactylo-Bureau-Service
F. u. U. Hiss, Telephon (061) 23 11 55
Frobenstrasse 42, 4053 Basel

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

Filmkritik

Okt.: „Spanischer Bürgerkrieg und Film"
Nov.: Roland Barthes: „Diderot, Brecht, Eisenstein" und „Der dritte Sinn".
Dez.: Eisenstein: „Programm of Teaching" „Effi Briest", Festival Mannheim.

An den Verlag Filmkritik BRD-8 München 2, Kreittmayrstraße 3
Ich bestelle Heft ☐ zum Preis von DM 4,50/ÖS 32/sfr 5,20 ☐ kostenloses älteres Probeheft ☐ 1 Jahresabo für DM 39,60/ÖS 280/sfr 45,50 (Studenten DM 35,40/ÖS 250/sfr 40,70 bei Nachweis) und Porto
ANSCHRIFT
NAME

treff

Der «treffpunkt», die Zeitung der KAB (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung), bringt 14täglich kritische Berichte und Kommentare zu

— politischen, sozialen und kirchlichen Entwicklungen.

Der «treffpunkt» setzt sich ein für die benachteiligten Minderheiten im eigenen Land:
— für die Alten, die Jungen, die Fremdarbeiter.
Der «treffpunkt engagiert sich aber auch für die benachteiligte Mehrheit:
— für die Arbeitnehmer, für die Frauen und für die dritte Welt.
Bilden Sie sich ein eigenes Urteil über den «treffpunkt» und füllen Sie den untenstehenden Talon aus.

Einsenden an: «treffpunkt»-Verlag, Ausstellungsstrasse 21, Postfach 349, 8031 Zürich.
Ich bestelle (Zutreffendes ankreuzen)
☐ Probenummern gratis
☐ Halbjahresabonnement Fr. 13.—
☐ Jahresabonnement Fr. 25.—
Name, Vorname:
Strasse, Nr.:
PLZ, Ort:
konzept

Im Januar am Kiosk

team

Psycho-Terror durch Psycho-Tests

Schweiz-Indien im Autobus

Zu gewinnen: Ferien in Paris

Jugendhaus Winterthur: Funktioniert die Selbstverwaltung?

Neuer Comic: Eine Geschichte aus der engeren Heimat

farbiger-umfangreicher-handlicher-aktueller

Heinrich Kuhn / Hans Geisen / Peter Indermaur / Karl Kränzle / Arnold Künzli

Sündenfall Vietnam

Der amerikanische Krieg in Indochina

Das Buch, ein Stück Zeit- und Zeitungsgeschichte zugleich, bringt in Auswahl die wichtigsten Leitartikel und Kommentare Heinrich Kuhns zum Thema «Krieg in Indochina», welche seine unmissverständliche Haltung bezeugen, dazu eine Vielzahl der nicht weniger deutlichen und haftenden Zeichnungen des Karikaturisten Hans Geisen. Kuhns kritische Kommentare werden ergänzt durch Reportagen von Karl Kränzle und Peter Indermaur und einem Vorwort von Arnold Künzli. Eine umfassende Chronologie der Ereignisse und eine Fülle von Zitaten verleihen dem Buch «Sündenfall Vietnam» zusätzlichen dokumentarischen Wert.

Fr. 24.–

Bestellschein

..... Ex. Vietnam
Name:
Vorname:
Strasse:
PLZ:
Ort:

Einsenden an Buchverlag, National-Zeitung, Postfach, 4002 Basel oder Tel. 22 50 50.

Moçambique wird unabhängig

Unser Volk wird vereint sein

Portugal hat – mit einer veränderten Regierung im eigenen Land – die Kraft des Befreiungskampfes in Moçambique anerkennen müssen. Unter Mehrheitsbeteiligung der FRELIMO übernimmt eine neue Regierung die schwierige Aufgabe, inmitten von Kriegselend und Naturkatastrophen (Ueberschwemmungen) eine echte demokratische Struktur für das Volk aufzubauen. Gegner dieser Revolution sind die kolonialistischen Kräfte in Moçambique selber, aber auch in Rhodesien und Südafrika. Gegner sind jene Wirtschaftskreise, die von diesem Land jahrzehntelang profitiert haben, im Inland wie im Ausland. Sie machen erst verständlich, weshalb die Befreiung ein Kampf ist: sie wollen sie nämlich verhindern.

Am 7. *September dieses Jahres* wurde nach zweitägigen Verhandlungen in *Lusaka* das Abkommen über die Unabhängigkeit von Moçambique durch *Samora Machel*, den Präsidenten der FRELIMO (Befreiungsfront für Moçambique), und *Mario Soares*, den Aussenminister Portugals, unterzeichnet. Dieses Abkommen ist ein grosser Sieg des Volkes von Moçambique über den portugiesischen Kolonialismus. Es bedeutet für die ehemalige portugiesische Kolonie Unabhängigkeit unter Führung der FRELIMO. Gescheitert sind die Versuche, durch Vorschläge wie bedingungsloser Waffenstillstand oder Bildung einer Koalitionsregierung eine Beibehaltung des kolonialen Systems zu erzwingen. Die FRELIMO war mit einer klaren Haltung nach Lusaka gekommen: «*Wir werden uns nie an einer Kolonialstruktur beteiligen. Wir wollen nationale Unabhängigkeit.*»

An beiden Verhandlungstagen demonstrierten in *Lourenço Marques* Tausende, davon mehrere hundert Weisse, zur Unterstützung der FRELIMO. Die Läden waren geschlossen, 15 000 Arbeiter legten die Arbeit nieder, um an einer Solidaritätsversammlung teilzunehmen. Solche Veranstaltungen fanden in verschiedenen Teilen des Landes statt. Zum ersten Mal spielte Radio Lourenço Marques die Nationalhymne der FRELIMO und afrikanische Volksmusik.

Ein Abkommen zur Unabhängigkeit

Der portugiesische Staat akzeptiert die Machtübergabe an die FRELIMO nach folgenden Prinzipien:

- Die vollständige Unabhängigkeit wird am *25. Juni 1975* ausgerufen.
- Folgende Regierungsstrukturen garantieren die Machtübergabe in der Uebergangszeit:

a) ein portugiesischer Hochkommissar,
b) eine gemischte (d. h. portugiesisch-moçambiquanische) Uebergangsregierung,
c) eine gemischte Militärkommission.

- Die Aufgabe der Uebergangsregierung ist die Vorbereitung der Unabhängigkeit. Sie wird die wirtschaftliche und finanzielle Verwaltung des Landes übernehmen; sie hat die Befugnis, Gesetze zu erlassen.
- Der Premierminister und zwei Drittel der Regierung werden von der FRELIMO ernannt (6 Minister), ein Drittel vom Hochkommissar (3).
- Die Militärkommission ist zusammengesetzt aus gleich vielen Angehörigen der Streitkräfte der FRELIMO wie Portugals. Ihre Aufgabe ist die Kontrolle des Waffenstillstands. (Dieser beginnt mit der Unterzeichnung des Vertrages).
- Die Polizei ist dem Hochkommissar unterstellt.
- Der unabhängige Staat Moçambique wird vollständig souverän sein in seiner Innen- und Aussenpolitik; er wird jene politischen und sozialen Strukturen wählen, die er im Interesse seines Volkes für richtig hält.
- Die *FRELIMO*, die immer zwischen dem portugiesischen Volk und dem Staat unterschieden hat, wird sich einsetzen für die brüderliche Zusammenarbeit zwischen Portugal und Moçambique.

Einer Aeusserung von Soares gemäss werden die portugiesischen Truppen «regelmässig und fortschreitend» im Lauf der nächsten neun Monate bis zum Datum der Unabhängigkeit aus Moçambique abgezogen werden.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens versuchte ein Teil der weissen Bevölkerung zu putschen. Sie besetzten die Radiostationen und forderten die Bevölkerung, die Armee und die weissen Moçambiquaner in Südafrika auf, sich ihnen anzuschliessen.

Moçambique ist für die kolonialen Kräfte in Rhodesien, Südafrika und auch im eigenen Land nicht nur wirtschaftlich von Bedeutung. Ein freies Moçambique heisst für die umliegenden Länder ebenso verstärkte Befreiungskämpfe, es heisst aber auch für die USA eine Gefährdung ihrer strategischen Lage. Denn für Moçambique, das unter der Führung der FRELIMO einen bedeutsamen Sieg gegen koloniale Ausbeutung errungen hat, wird die Unterstützung aller nationalen Befreiungskämpfe ein Anliegen sein. Dass diese Politik gegen die USA gerichtet ist, wird dadurch verständlich, dass diese eng mit der portugiesischen Kolonialherrschaft verbunden waren – und es mit den anderen Kolonialherrschaften noch immer sind.

FRELIMO-Freiheitskämpfer in Moçambique

Der Aufbau einer echten Demokratie

Einige Auszüge aus der Rede von *Samora Machel*, dem Präsidenten der FRELIMO, anlässlich der Einsetzung der Uebergangsregierung (20. 9. 1974):

«*... Die Einsetzung der Uebergangsregierung eröffnet eine neue Phase in unserer Geschichte, die Phase des endgültigen Marsches zur Unabhängigkeit ... Das Erbe, dem wir gegenüberstehen, ist Analphabetismus, Krankheit, Hunger, Armut. Wir sehen, dass unser Volk – und vor allem die ländliche Bevölkerung – unter unmenschlichen Bedingungen in Armut und Ausbeutung lebt. Wir sehen Zerstörung, Ablehnung, Hass, geschaffen durch Jahrhunderte der Unterdrückung und verstärkt durch den kolonialen Angriffskrieg, den die Reaktionäre, Kolonialisten und Faschisten führten, um uns zu spalten und zu verwirren. Die Uebergangsregierung steht daher vor einer komplexen Situation, und ihre Aufgaben sind schwierig. Die Schwierigkeiten waren jedoch vor einem Jahrzehnt, als wir den Kampf begannen, noch viel grösser ... Die Uebergangsregierung unter der Führung der FRELIMO hat die grundlegende Aufgabe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die demokratische Macht des Volkes auf Gebiete ausgedehnt wird, die noch unter Kolonialherrschaft stehen. Während für Millionen Moçambiquaner, die in den befreiten Gebieten ihre Macht bereits errichtet haben, dies bereits Wirklichkeit und praktische Erfahrung ist, trifft dies für den Rest des Landes nicht zu ... Wir werden eine wirkliche Demokratie im ganzen Land aufbauen. Dies ist das zentrale Prinzip der FRELIMO, welches das politische Leben innerhalb der Organisation und im nationalen Aufbau in den befreiten Gebieten geleitet hat.*

FRELIMOS demokratische Volksregierung unterscheidet sich von der Kolonialregierung auch durch ihren kollektiven Arbeitsstil, gemeinsame Diskussion und Analyse von Problemen, Zusammenarbeit und Aufhebung der Aufteilung in verschiedene Arbeitssektoren ... Wir wollen deshalb, dass die Führer einfach und mit dem Volk leben, dass sie die ihnen anvertraute Aufgabe nicht in ein Privileg umwandeln, in ein Mittel, Besitz anzuhäufen oder Gefallen zu erweisen.

... Was den Staat und seine Einrichtungen angeht, ist es zuerst nötig, zu entkolonisieren und zweitens, die angemessene Struktur für die demokratische Macht des Volkes aufzubauen ... Obwohl wir Anregungen von den revolutionären Erfahrungen anderer Völker bekommen können, werden wir uns auf die spezifischen Bedingungen unseres Landes stützen und auf die Grundlage unserer Originalität.

... Die Schulen müssen in vorderster Front stehen in unserer harten und bewussten Schlacht gegen Analphabetismus, Unwissenheit und Aberglauben. Sie müssen Zentren sein, um die kolonialistisch-kapitalistische Mentalität auszulöschen, auch die negativen Aspekte der traditionellen Mentalität, Aberglaube, Individualismus, Egoismus, Elitärismus und Ehrgeiz müssen dort bekämpft werden. Es darf keinen Platz geben für soziale, rassistische oder geschlechtliche Diskriminierung. Vor allem müssen die Massen Zugang und Macht in den Schulen, Universitäten und in der Kultur haben. Wir stehen in einer Revolution, deren Fortschreiten von der Schaffung eines neuen Menschen mit einer neuen Mentalität abhängt.

... Von jetzt an müssen wir uns mit Begeisterung in die Gesundheitsarbeit unter den breiten Massen stürzen, um die Ursache der Krankheiten auszulöschen, die Essensgewohnheiten zu verbessern, indem man die Nahrung bereichert und unhygienische Traditionen eliminiert. Auf diesem Gebiet müssen wir die Präventivmedizin Priorität geben, die unseren jetzigen Fähigkeiten und Möglichkeiten entspricht. Diese Arbeit ist nicht einfach eine bürokratische oder technische Aufgabe, sondern vor allem ein politischer Kampf, der die Mobilisierung des Volkes verlangt.»

Anja Rüönd

Ein Heer zur Verhinderung der Unabhängigkeit

In der «freien» Welt sammeln sich Söldner, welche die von den Portugiesen aufgegebene Aufgabe wieder aufnehmen wollen: die Verhinderung der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder. Nach Meldungen der Tagespresse soll bei der Rekrutierung auch der Schweizer *Hans Lenzlinger* mitmischen (was er jedoch bestreitet), jener Lenzlinger, welcher sich so engagiert an der Fluchthilfe für Flüchtlinge aus den Ländern des europäischen Ostens bereichert. Wenn die Meldungen nicht widerlegt werden können, muss man annehmen, dass am 1. Dezember in Genua ein erstes Schiff für die Fahrt nach Moçambique die Anker lichtet, mit Söldnern, worunter auch Schweizer Offiziere sein sollen.

Einen umfassenderen Artikel über den Putsch in Portugal und seine Auswirkungen auf die ehemaligen portugiesischen Kolonien hat «konzept» in seiner Mainummer gebracht. Die Nummer (5/74) ist gegen 1.50 Fr. zu beziehen bei «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Walter M. Diggelmann: «Erlesenes»

Vom Glück der besten Jahre

In diesen Tagen ist mir ein Buch in die Hände geraten mit dem Titel «*Das Glück der besten Jahre*». Der Autor nennt sich *Ernst Steiger*. Herausgegeben wurde dieses Buch vom «*Verlag Volksgesundheit Zürich*». Das könnte misstrauisch machen; «Volksgesundheit» tönt so penetrant, erinnert an vergangene unschöne, ja hässliche Epochen.

Doch dieses Buch ist lesenswert. Für ältere Jahrgänge konzipiert, aber doch für die jüngeren eigentlich gedacht. Das Buch trätiert das Problem des Aelterwerdens. Wie wir uns darauf vorbereiten können – und müssen. Und wir müssen uns in unserer Jugend darauf vorbereiten. *Theodor Heuss* soll einmal gesagt haben: «*Man muss auf anständige Weise verstehen, älter, vielleicht alt zu werden, um die Chance zu wahren, jung zu bleiben.*» Und die grossartige Schauspielerin *Françoise Rosay* soll einmal gesagt haben: «*Kluge Menschen verstehen es, den Abschied von der Jugend auf mehrere Jahrzehnte zu verteilen.*»

Ich wünsche, dass viele junge Menschen in diesem Buch lesen. Die jungen Menschen werden auch einmal älter. Sogar ich bin älter geworden. Und es ist schön, älter zu werden, vorausgesetzt, man hadert nicht damit, vorausgesetzt, man ist einigermassen darauf vorbereitet. Die jugendliche «Weisheit» «*Traue keinem über vierzig*» ist wohl eher als Dummheit zu apostrophieren. Der kluge und gebildete Junge ist zugleich ein «Aelterer», der «Aeltere» ist auch ein «Junger». Das tönt pastoral, ich weiss, aber die Theologie ist zu wichtig für uns, als dass wir sie ausschliesslich den Theologen überlassen dürfen, wie ein Pater am vergangenen Sonntag im «Wort zum Sonntag» am Schweizer Fernsehen gesagt hat.

Der Autor des Buches, das ich hier empfehle, benützte früher einmal ein anderes Pseudonym, er nannte sich *Peter Surava*. Er war Chefredaktor der berühmt-berüchtigten «*Nation*». Und die «Nation» war in den vierziger Jahren die einzige wirklich effiziente antifaschistische Wochenzeitung der Schweiz. Ich habe erst kürzlich wieder einmal sämtliche Jahrgänge dieser Zeitung im Lesesaal der Zentralbibliothek gelesen. Dass die Bürgerlich-Liberalen im Verein mit den Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit den Peter Surava zur Sau gemacht haben, verwundert mich nicht mehr, macht nur deutlich, dass auch bei uns die «Liberalität» aufhört, wo einer nach den Wurzeln eines Uebels gräbt, also wo einer *radikal* wird.

Peter Surava, der die «Nation» kurz nach Kriegsende verliess und im Auftrag der PdA die Zeitung «*Vorwärts*» gründete, wurde infam mitgespielt. Liberale Drahtzieher brachten es fertig, die bündnerische Gemeinde Surava dazu zu bewegen, ihm das Pseudonym Surava streitig zu machen. Er, der angeblich Kommunist war, dürfe nicht den Namen eines hochsittlichen katholischen Ortes missbrauchen. Unsere hehren Gerichte verboten Peter Surava, sich weiterhin Surava zu nennen. Nur noch den Vornamen seines Pseudonyms, Peter, durfte er auch weiterhin führen.

Nachdem sie ihm den Namen, unter dem er berühmt geworden war als Kämpfer gegen krasse soziale Ungerechtigkeiten und parteipolitische «Dreckeleien» aufgedeckt hatte, weggenommen hatten, publizierte er mit dem Hinweis «vormals Peter Surava». Das konnten sie ihm nicht verbieten. Also mussten sie neue Infamien erfinden, um ihn «fertigzumachen». Und sie, die Bürgerlichen wie die verbürgerlichten Sozialdemokraten, fanden heraus, weshalb die «Nation» nach Suravas Abschied nicht mehr die hohen Auflagen erreichte, nicht mehr gewinnbringend war: Surava habe nach seinem Ausscheiden einen untragbaren Vertrag mit einer Verteilerorganisation unterzeichnet, er habe dieser Verteilerorganisation eine Gewinnmarge zugebilligt, die wirtschaftlich nicht zu verantworten sei, und vor allem: er habe kriminell gehandelt, sich des Betrugs schuldig gemacht, weil er diese Machenschaften nach seinem Rücktritt begangen habe mit der Absicht, die «Nation» zu schädigen und das Blatt «Vorwärts» zu fördern. Peter Surava wurde schuldig gesprochen. Erstes und letztes Beweisstück: eine wissenschaftliche Expertise über das Alter der von Peter Surava benützten Tinte.

Peter Surava alias Peter Hirsch alias Ernst Steiger war mit diesem Schuldspruch liquidiert. Keine Zeitung mochte ihn mehr beschäftigen, er schrieb unter einem Pseudonym Hörspiele, erfolgreiche, für Kinder, aber es kam der Tag, da seine Gegner auch das entdeckten, ihn denunzierten und Radio Schweiz (damals «Beromünster») ihn liquidieren musste. Mit Bedauern selbstverständlich. Der Wahrheit zuliebe sei gesagt, dass auch unsere Kommunisten mit diesem Peter Surava nichts mehr zu tun haben wollten.

Peter Suravas Anwalt hatte an das Bundesgericht appelliert. Doch dieses Bundesgericht arbeitete langsam. Schliesslich zog Peter Surava die Appellation zurück, was seinen Anwalt so sehr erbitterte, dass er seinen einstigen Klienten noch heute nicht grüsst.

Eine Woche, nachdem Peter Surava auf die Appellation verzichtete hatte, fand in Paris eine Konferenz mit Fachleuten über Schriftexpertisen statt. Es wurde am Ende der einwöchigen Konferenz einmütig festgestellt, dass die bisherigen Methoden von Schrift- und Tintenanalysen unwissenschaftlich und daher ungültig seien. Anschliessend wurde gesagt, aufgrund der bisher angewendeten Methoden seien allzu viele Menschen unschuldig verurteilt worden.

Man könnte diese durchaus exemplarische Geschichte unter dem Titel «*Die Unschädlichmachung des Peter Surava*» schreiben. Er hat unter dem Namen Ernst Steiger «*Das Glück der besten Jahre*» geschrieben. Das ist lesenswert.

Streiflichter

In der Spalte «Streiflichter» sollen in unorthodoxer Weise Aspekte der sog. «Kulturwelt» besprochen werden. Wohlbemerkt: Wir wollen Kultur in einem erweiterten Zusammenhang sehen, also nicht nur so, wie sie die Elite empfindet, sondern so, wie sie fürs Volk von Bedeutung ist.

Si paga o non si paga?

Vom 20. bis zum 22. November gastierte im *Zürcher Stadthof 11 Dario Fo* mit seiner *Comune di Milano*. Am 23. November las ich im «*Tages-Anzeiger*» einen Artikel «*Die Berliner Schaubühne vor dem Konkurs*». Darin stand zu lesen, dass dieses Theater trotz unbestrittenen künstlerischen Erfolgen bis Ende dieses Jahres ein Defizit in der Höhe von einer Million DM erreicht haben werde. Der Grund: die Verselbständigung der theatralischen Wirkungsmittel, d. h. immer aufwendigere Inszenierungen, eine immer mehr in den Zuschauerraum übergreifende Bühne und, als Folge davon, eine sich ständig reduzierende Platzzahl und damit auch ständig sich reduzierende Einnahmen. Die Schaubühne, so hiess es in dem Artikel, werde demnächst überhaupt auf Zuschauer verzichten und die Aufführungen per Monitor ins Theaterrestaurant übertragen. Der Witz enthält mehr als nur das sprichtwörtliche Quentchen Wahrheit.

Im gleichen «Theater 11», in dem noch im vergangenen Februar *Peter Steins* Inszenierung des Stücks «*Prinz Friedrich von Homburg*» zu sehen war, spielte nun also Ende November Dario Fo mit seinem Mailänder Theaterkollektiv «*Si paga o non si paga?*». Es wird niemand behaupten wollen, die Bühne des Stadthofs 11 habe Atmosphäre. Dario Fo und seine Leute jedoch kamen ohne kostbare Kostüme und ohne teure Samtverkleidung aus, und Stimmung stellte sich dennoch ein. Wie schon ein Jahr zuvor nahmen sie aufs Korn, was die unmittelbare Wirklichkeit an Missständen und Ungerechtigkeiten zu bieten hat, und sie taten es mit Humor und überschäumendem Temperament, mit kritischem Verstand und fulminanter Lust am Spiel. Dario Fo bezieht in Mailand keine Subventionen in der Höhe von fünf Millionen DM, er hat kein Theater zur Verfügung wie Peter Stein, er spielt in leeren Markthallen und alten Fabriken, er spielt, wenn die Witterung es erlaubt, im Freien, aber er spielt vor Tausenden von Zuschauern. Vor Zuschauern aus allen Bevölkerungsschichten, nicht nur vor verwöhnten Intellektuellen, die sich im sogenannten linken Theater ihr ideologisches Alibi beschaffen.

Peter Stein jedoch greift zurück aufs 19. Jahrhundert, auf *Kleist, Goethe, Ibsen* und *Hofmannsthal*, angeblich um die Brüchigkeit der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen. Aber diese Brüchigkeit wird ihm zum Anlass, einen ästhetischen Aufwand zu betreiben und einen Prunk zu entfalten, vor dem selbst das 19. Jahrhundert die Waffen gestreckt hätte. Peter Stein gehört zu denen, die das Theater für den Mann von der Strasse, den ach so beliebten und von den Intellektuellen so gehätschelten Arbeiter propagieren. Nur: der Mann von der Strasse kann mit seinen zerdehnten und geschmäcklerischen Inszenierungen kaum etwas anfangen, der langweilt sich in den über Stunden sich hinziehenden Aufführungen, genauso wie sich die Intellektuellen langweilen, aber die geben's nicht zu.

Bei Dario Fo jedoch hat sich noch keiner gelangweilt, weder der Arbeiter noch der Intellektuelle. Denn Dario Fo hat eins begriffen: Theater macht man nicht mit dem ideologisch erhobenen Zeigefinger, sondern mit Unterhaltung, und das Lachen ist noch immer das wirksamste Vehikel, um unbequeme Botschaften zu transportieren. Nur gründlich indoktrinierten Leuten ist das Lachen suspekt. Dario Fo ist nicht umsonst Showmaster gewesen, bevor er sein eigenes Theater gründete, er kennt seine Pappenheimer, und er kennt die Mittel, mit denen er ihnen das Essen schmackhaft machen kann. Aber statt miese Quizsendungen zu moderieren und Schnulzensänger zu präsentieren, macht er ein Theater, das dem herrschenden System an die Wurzeln geht; aus dem Showgeschäft hat er lediglich die Mittel übernommen, die Mittel von denen er weiss, dass sie die Leute vom Bildschirm weg wieder ins Theater zu locken vermögen.

Diesen Mitteln steht ein Peter Stein mit Verachtung gegenüber. Er mag's lieber elitär. Aber das Elitäre ist nicht nur teuer – wie Exemplum zeigt –, sondern es schliesst auch aus: jene nämlich, für die man im Grunde zu spielen vorgibt. So frisst sich denn die Bühne immer mehr in den Zuschauerraum hinein, bis eines Tages kein Raum für die Zuschauer mehr da ist. Spätestens dann ist das Theater – ein Wort, das von schauen kommt, und Schaubühne heisst denn auch das Haus am Hallschen Ufer – tot, und die da spielen, spielen nur noch für sich selbst.

Klara Obermüller

Ski
Skifahren
Ski-Rail-Suisse

	1 Tageskarte	2 Tageskarten	3 Tageskarten
Zürich–Davos retour + Tageskarten Jakobshorn oder Rinerhorn	**Fr. 45.-**	**Fr. 59.-**	**Fr. 72.-**
Basel–Davos retour + Tageskarten Jakobshorn oder Rinerhorn	**Fr. 51.-**	**Fr. 65.-**	**Fr. 78.-**
Zürich–Andermatt retour + Tageskarten Gemsstock-Bahnen	**Fr. 37.-**	**Fr. 52.-**	

Hinfahrt: je Frühzug am Freitag, Samstag, Sonntag
Rückfahrt: je Abendzug am Samstag, Sonntag, Montag

Hinfahrt: Frühzug am Freitag, Samstag, Sonntag
Rückfahrt: Abendzug am Samstag, Sonntag

Für: **Jugendliche bis 21, vollimmatrikulierte Schüler und Studenten** öffentlicher und staatlich anerkannter Lehranstalten **ohne Altersgrenzen.**

ab 20. Dezember 1974 bis Ende März 1975.

2.-Klass-Billette, Hin- und Rückfahrt, 10 Tage gültig gemäss Kundenfahrplan.

Schweizerischer Studentenreisedienst
Verkauf ab 16. Dezember 1974 beim SSR Basel und Zürich oder Telefon (01) 32 02 36

Flott! Flötter! Am flöttesten!